Posener Tageblatt

Bezugspreis: In Posen durch Boten monatl. 5.50 zł, in den Ausgabestellen monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der Provinz monatl. 5.— zł, bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 zł. Postbezug (Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter Streifband in Polen u. Danzig monatl. 8.— zł, Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rmk. Einzelnummer 0.25 zł. mit illustr. Beilage 0,40 zł. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes", Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań. Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postscheck-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 15 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland und übriges Ausland 10 bzw. 50 Goldpfg. Platzvorschrift und schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos" Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156 102 (Kosmos Sp. z o. o., Poznań). Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań.

71. Jahrgang | Sonntag, 6. März 1932 | Nr. 54.

Die deutsche Schulnot

Eine eindrucksvolle Rede des Senators Utta zum Budget des Unterrichtsministeriums in der Senatssitzung vom 1. März 1932

Hoher Senat!

Für den Vertreter einer nationalen Minderheit ist es keine angenehme Pflicht, in diesem Hohen Hause zur Budgetdebatte das Wort zu ergreifen. Das, was die Herren von der Regierungspartei gerne hören möchten, können wir nicht sagen, denn dann müßten wir unser Gewissen vergewaltigen und den unseren Wählern gegenüber übernommenen Verpflichtungen entsagen. Die Darstellung dagegen der nackten Wirklichkeit aus unserem kulturellen Leben, unserer Nöte und Sorgen, sei es in noch so gemäßigter Form, hören sehr viele der Herren Senatoren höchst ungern und antworten darauf mit beleidigenden Zurufen, wie das gestern während der Rede meines Klubkollegen, des Herrn Senators Dr. Pant, der Fall war, oder gar mit beleidigenden Unterstellungen, wie dies heute und im vergangenen Jahre Herr Senator Evert getan hat. Ich war erstaunt über die Ausführungen des Herrn Senators Evert. Es ist sonderbar, daß gerade er sich zu einem Bezwinger der deutschen Vertreter im Parlament zu spezialisieren versucht. Senator Evert will uns dafür, was im Deutschen Reich geschieht, verantwortlich machen, obgleich er durch seine Rede gezeigt hat, daß er nicht die geringste Ahnung davon hat, was mit den Polen in Deutschland und den Deutschen in Polen geschieht. Er scheint auch davon nichts zu wissen was die polnische Bevölkerung in Deutschland durch die neue Schulverordnung erlangt hat und daß gerade diese Schulverordnung durch die Zusammenarbeit der polnischen Vertretung aus Deutschland und der deutschen aus Polen im Genfer Minderheitenkongreß vorbereitet wurde. **Das, was die polnische Bevölkerung in Deutschland auf dem Gebiete des Schulwesens erlangt hat, verdankt sie zum Teil auch unserem Einfluß.** Herr Senator Evert wird es nicht erleben, daß wir ihm oder ähnlichen Deutschenhassern zuliebe auf die Erfüllung unserer Pflichten verzichten werden.

Wir können dies schon aus dem Grunde nicht tun, weil man unser Schweigen so deuten könnte, daß es uns auf dem Gebiete des Schulwesens gut geht oder daß uns diese wichtigen Fragen gleichgültig sind.

Die Zeit, die mir zur Verfügung steht, erlaubt es mir nicht, das vorliegende Budget des Kultus- und Unterrichtsministeriums und die Politik dieses Ministeriums von unserem Standpunkt aus ausführlich zu beleuchten. Ich muß aber erklären, daß wir den Optimismus, der in dem Bericht der Budgetkommission zutage tritt, keinesfalls teilen. Wir können dem Herrn Referenten auch den Vorwurf nicht ersparen, daß er sein Referat ausschließlich auf den Angaben des Ministeriums aufgebaut, dagegen aber alles das, was wir erleben müssen und was die breiten Massen der Eltern- und Lehrerkreise mit tiefer Sorge erfüllt, ganz außer acht gelassen hat.

Das schnelle Steigen der Zahl der Kinder im schulpflichtigen Alter und die gleichzeitige

Kürzung des Budgets

des Unterrichtsministeriums um 22 Prozent der für das verflossene Jahr präliminierten Ausgaben, die vollständige Streichung aller zum Schulbau bestimmten Summen und das Beschneiden von 5165 Lehreretats wird die Zahl der Kinder, die außerhalb der Schule bleiben und die heute schon fast 400 000 erreicht, um das Vielfache erhöhen. Somit haben wir einen gefährlichen in der Richtung des Analphabetismus und der Finsternis geneigten Weg betreten, der das Volk und den Staat den größten Gefahren entgegenführen kann. Angesichts dieser Gefahr teilen wir nicht die Ansicht des Referenten, daß man sich an andere Ministerien, vor allem an das Kriegsministerium, um Zuschüsse nicht wenden konnte. (Bewegung auf den Bänken der B. B.) Es ist ja bekannt, daß die Bildung des Volkes und die Wehrkraft des Staates immer Hand in Hand gehen. Dies wäre auch aus dem Grunde richtig gewesen, weil die Gehälter der Militärs nur um eine Kleinigkeit gekürzt wurden, während die anderen Staatsbeamten sich bedeutende Kürzungen gefallen lassen mußten, was selbstverständlich von den Beamten und Lehrern als ein schweres Unrecht empfunden wird.

Uns beunruhigt nicht nur das, daß Hunderttausende von Kindern in der Schule keinen Platz finden und als Analphabeten aufwachsen werden, sondern auch die Tatsache, daß durch die vielen Sparmaßnahmen und Anordnungen des Ministeriums, die im verflossenen Jahre erlassen wurden, das Niveau der Schule stark herabgesetzt wurde. Wir sehen in dieser Beziehung in großer Sorge einer trüben Zukunft entgegen.

Nach diesen Bemerkungen allgemeiner Natur will ich zu den Fragen übergehen, die das

kulturelle Leben der deutschen Bevölkerung

in Polen am meisten betreffen. Zuerst stelle ich fest, daß das vor uns liegende Budget für die **kulturellen Bedürfnisse der Deutschen keinen Groschen vorsieht.** In den früheren Jahren haben die Berichte der Referenten neben anderen auch die Angaben über die Zahl der Minderheitsschulen und über das Verhältnis der Schulbehörden zu diesen Schulen enthalten. In den letzten zwei Jahren, und dies möchte ich besonders unterstreichen, fehlen diese Berichte sowohl im Budget als auch in den Referaten der Kommission. Es sieht so aus, als ob Polen ein Nationalstaat wäre und die 40 Prozent der Minderheiten aus den Grenzen des polnischen Staates verschwunden wären. Dieses Schweigen redet aber auch eine harte Sprache. Gewiß geschieht dies nicht zufällig. Die Lage des Minderheitenschulwesens in Polen ist heute so, daß eine wahrheitsgetreue Beleuchtung derselben die Behauptungen der Herren Minister und der Redner aus dem Regierungslager, Polen sei ein toleranter Staat und die Regierung zeige großes Verständnis für die kulturellen Bedürfnisse der Minderheiten, mit einem dicken Strich durchstrichen würde.

Einem unparteiischen Beobachter muß es besonders auffallen, daß die Angaben über

die Zahl der Minderheitsschulen

in Polen, die wir Vertreter der Minderheiten anführen, und die von den Vertretern der Regierung und der polnischen Parteien gemacht werden, sehr weit auseinander gehen. Dieser Unterschied beruht in erster Linie darauf, daß das Ministerium und nach ihm die Vertreter der Regierungspartei die Zahlen aus der Zeit vor 2—3 Jahren anführen. (Herr Evert griff sogar heute auf das Jahr 1927 zurück.) **Inzwischen werden die deutschen Schulen in einem sehr raschen Tempo liquidiert. Wir stützen uns auf die Zahlen aus der allerletzten Zeit. Zweitens ist die Verschiedenheit darin zu suchen, daß das Ministerium alle Schulen, in denen 1—2 Stunden wöchentlich Deutsch als Fach unterrichtet wird, als deutsche Schulen bezeichnet, wir dagegen erdagegen erkennen nur diejenigen Schulen als deutsche an, in denen die deutsche Sprache gemäß den gesetzlichen Vorschriften als Unterrichtssprache zugelassen wird. Somit kann hier von einer tendenziösen Uebertreibung der überaus traurigen Lage unseres Schulwesens nicht die Rede sein, wenn man uns aber aus diesem Grunde einer bewußten Verbreitung von Unwahrheiten bezichtigt, so ist das nur eine unerhörte Böswilligkeit.**

Heute wird sehr viel über die

Staatserziehung

geredet, die Anordnungen aber, die zu diesem Zweck erlassen werden, bewirken gerade das Gegenteil davon. Nach unserer Ansicht muß jede Staatlichkeit auf einer festen gesetzlichen Unterlage und der Achtung aller gesetzlichen Bestimmungen aufgebaut sein. Die Schulbehörden, als diejenigen Behörden, die darüber zu wachen haben, daß die Schuljugend und das Volk in der Liebe und Achtung zum Recht und Gesetz erzogen wird, müßten mehr als jeder andere Faktor im Staate mit gutem Beispiel vorangehen und jedermann zeigen, wie man sich vor dem Recht beugen muß und wie das Recht im Interesse des allgemeinen Wohles und des Staates auch dann geachtet und befolgt werden muß, wenn dies den Einzelpersonen unbequem erscheint. Was sehen wir aber im Leben?

Außer den klaren Bestimmungen der Verfassung verpflichtet in den früheren russischen Gebieten der Beschluß des Ministerrats vom 3. März 1919 über die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache. Dieses Gesetz macht es der Regierung zur Pflicht, überall dort, wo die deutschen Eltern eine genügende Anzahl von Deklarationen für den Unterricht in deutscher Sprache einreichen, eine deutsche Schule zu erhalten, bzw. zu gründen. **Solcher Schulen hatten wir früher 564. Zeigen Sie mir bitte heute wenn auch nur eine einzige Schule in den früheren russischen Gebieten, in der der Unterricht gemäß Art. 19 und 27 des Gesetzes vom 3. März 1919 erteilt wird.** Selbst der allwissende Deutschenhasser Senator Evert wird mir solche Schulen nicht nennen können. Art. 25 desselben Gesetzes macht es der Regierung zur Pflicht, in jeder Gemeinde, in der sich eine genügende Anzahl deutscher Kinder befindet, auf Verlangen der Eltern eine deutsche Schule zu gründen. **Bitte mir wenn auch nur ein einziges Beispiel anzuführen, daß solche Schule gegründet wurde oder daß wenigstens eines der vielen Gesuche der deutschen Bevölkerung um Eröffnung von deutschen Schulen berücksichtigt worden ist.** Art. 28 des angeführten Gesetzes bestimmt, daß **die polnische Sprache als Amtssprache nur im Verkehr mit den staatlichen und kommunalen Behörden zu gelten hat. Die Schulbehörden in Lodz haben dagegen den Lehrern verboten, sich auf Elternversammlungen und sonstigen Verkehr mit den Eltern und sogar mit den Schülern der deutschen Sprache zu bedienen. Art. 29 dieses Schulgesetzes besagt, daß die deutschen Schulen ihre Grundstücke, Schulhäuser und jedes andere Inventar, welches sie vor dem Kriege im Besitz hatten, auch weiter ungehindert besitzen sollen. Die Schulbehörden haben außer wenigen Ausnahmen das Vermögen der deutschen Schulen ganz oder teilweise den polnischen Schulen und Lehrern zugeteilt und sogar viele Bethäuser für polnische Schulzwecke beschlagnahmt. Art. 24 bestimmt ausdrücklich, daß die deutsche Unterrichtssprache nur auf Grund des Ergebnisses einer Befragung der Erziehungsberechtigten und ihrer schriftlichen Deklarationen durch die polnische ersetzt werden kann. Die Schulbehörden haben jedoch durch einseitige mündliche Anordnungen und durch einen Druck auf die Lehrer es soweit gebracht, daß wir in Kongreßpolen — wie ich schon erwähnt habe — keine einzige Schule mehr haben, in der der Unterricht gemäß der gesetzlichen Vorschriften geführt werden würde. Es sind uns nur noch einige zehn zweisprachige Schulen oder solche Schulen geblieben, in denen die deutsche Sprache nur als Fach 2—4 Stunden unterrichtet wird. Meine Herren, ist das Achtung des Gesetzes? Soll das Staatserziehung sein? Man verlangt von uns Loyalität. Wir erkennen diese Forderung an und befolgen sie aufrichtig. Sie können uns keine Handlungen keine Bestrebungen nachweisen, die von einer Illoyalität unseres Volkes zeugen werden. Die Loyalität uns gegenüber verpflichtet aber auch die Regierung und die polnische Mehrheit. (Unruhe auf den Bänken des B. B.-Klubs.) Wir verlangen kategorisch auch vom Staate eine loyale Einstellung zu der deutschen Minderheit.**

Zur Illustration der

Lage unseres Schulwesens

in den früheren russischen Gebieten will ich hier einige in der allerletzten Zeit gesammelte Daten anführen. In der Stadt Lodz hatten wir im Jahre 1919 30 deutsche Volksschulen, heute sind uns nur 13 geblieben. Diese Schulen werden von 5053 Kindern besucht, deren Eltern sich für den Unterricht in deutscher Muttersprache schriftlich erklärt haben. Am Anfang dieses Schuljahres wurden die besten deutschen Lehrer aus den deutschen Schulen in polnische Schulen in Lodz und sogar weit entlegene Dörfer versetzt. Mehrere wurden pensioniert, trotzdem sie sich ganz gesund und arbeitsfähig fühlen. Die Leitungen aller deutschen Schulen mit Ausnahme einer wurden Lehrern polnischer Nationalität übergeben. Ueber 50 Prozent der Lehrer in diesen Schulen

Gesetzvollmachten für den Staatspräsidenten

Warschau, 5. März. (Eig. Telegr.)

Gestern hat die Regierung ein Gesetzesprojekt eingebracht auf Erteilung von Gesetzesvollmachten an den Staatspräsidenten. Durch das Projekt wird der Staatspräsident ermächtigt, Dekrete mit Gesetzeskraft zu erlassen in der Zeit, wo der Sejm geschlossen ist und zwar bis zur nächsten ordentlichen Session, die am 31. Oktober beginnen wird. Die Regierungsvorlage ermächtigt den Präsidenten zur Herausgabe von Gesetzen und Dekreten betreffend wirtschaftliche und finanzielle Fragen sowie Fragen der Rechtsvereinheitlichung, der Rechtsbemessung und der sozialen Lasten. Außer diesen erwähnten Punkten werden sich die Vollmachten auch auf die Fragen erstrecken, die mit der Organisation der öffentlichen Verwaltung zusammenhängen. Auf diesem Gebiete wird der Staatspräsident Gesetzesverordnungen bis zum 31. Dezember 1934 erlassen können. Auf Grund dieser letzteren Ermächtigungen wird der Präsident berechtigt sein, Behörden aufzuheben, zusammenzuschließen oder zu zerlegen, ferner ihren Tätigkeitsbereich festzusetzen, die Grundlagen für die Organisation von Aemtern zu regulieren, ihre Zuständigkeit und den Instanzenweg festzusetzen, Aenderungen in der Verwaltungseinteilung des Staates durchzuführen usw.

Das Gesetz wird nach seiner endgültigen Beschließung durch Sejm und Senat mit dem Tage seiner Veröffentlichung im „Dziennik Ustaw" in Kraft treten.

Im Sinne der Verfassung wird der Staatspräsident auf Grund dieses Gesetzes nicht das Recht haben, Dekrete in Budgetangelegenheiten zu erlassen sowie in Angelegenheiten der Ausführung der Kontrolle über den Schuldendienst des Staates, über Handels- und Zollverträge und andere Fragen, durch die der Staat in finanzieller Hinsicht belastet wird, oder die Rechtsvorschriften enthalten, welche für die Staatsbürger verpflichtend sind. Außerdem wird durch das Gesetzesprojekt von den Vollmachten des Staatspräsidenten ausgeschlossen: die Auferlegung neuer Steuern, die Festsetzung neuer Staatsmonopole, der Verkauf und der Umsatz mit staatlichem Eigentum in einem Werte von mehr als 100 000 Złoty, die Aenderung der Wahlordnung für Sejm und Senat, der territoriellen Grenzen der Selbstverwaltungen und die Aenderung der Wahlordnung für Selbstverwaltungsorgane, ferner die Aenderung von Schul- und Sprachgesetzen sowie des Eherechts.

Die Vollmachtserteilung an den Staatspräsidenten weist darauf hin, daß die Regierung nicht die Absicht hat, die gegenwärtige Sejmsession zu verlängern. Es ist deshalb mit einer Schließung der Sejmsession am 18. d. Mts. zu rechnen. Eine Reihe von Gesetzesprojekten, die noch nicht erledigt werden konnten, werden deshalb auf dem Verordnungswege durch den Staatspräsidenten erlassen werden. Es handelt sich dabei in erster Linie um das Gesetzesprojekt betreffend die Neuorganisierung des sozialen Versicherungswesens, die Neuregelung des Arbeitslosenfonds, des Arbeitslosenurlaubs, des Arbeitstages u. a. m.

In dem offiziellen Organ der polnischen Regierung, der „Gazeta Polska", wird diese Maßnahme damit begründet, daß in der gegenwärtigen Zeit der wirtschaftlichen Wirren oft ein schneller Entschluß notwendig ist und sich daraus ferner die Notwendigkeit der Schaffung einer sofort wirksamen gesetzgeberischen Stelle ergibt, die eine elastische Gesetzgebung ermöglicht, wozu das Parlament in gewissen Fällen zu schwerfällig sein könnte.

bekennt sich zur polnischen Nationalität. **Viele unter diesen Lehrern besitzen keine Lehrbefähigung für Schulen mit deutscher Unterrichtssprache. Nach solcher Vorbereitung hat die Schulbehörde mündlich angeordnet, die deutsche Unterrichtssprache ganz systematisch durch die polnische zu ersetzen, so daß heute in fast allen Schulen die meisten Fächer in polnischer Sprache unterrichtet werden.**

Im Kreise Kalisch hatten wir vor dem Kriege 17 deutsche Schulen: 9 Kantorate und 8 öffentliche Schulen. Heute haben kaum 455 deutsche Kinder die Möglichkeit, Schulen mit zweisprachigem (deutsch-polnischen) Unterricht zu besuchen, 565 Kinder besuchen polnische Schulen. Darunter erhalten 89 evangelische Kinder keinen Religionsunterricht. Im Kreise Turek sind uns von den 7 deutschen Schulen aus der Vorkriegszeit gar keine belassen worden. 53 Prozent der deutschen Kinder erhalten keinen Deutschunterricht, selbst nicht als Fach. Im Kreise Łęczyca hatten wir im Jahre 1914 13 deutsche Schulen, heute haben kaum 61 deutsche Kinder die Möglichkeit, in einer zweisprachigen Schule ihre Muttersprache zu erlernen. 560 deutsche Kinder sind in polnische Schulen verstreut worden, davon erhalten 80 Kinder keinen evangelischen Religionsunterricht. **Es ist mir bekannt, daß aus diesem Kreise sogar an Herrn Senator Evert dringende Bitten um Abhilfe gerichtet worden sind. Er hielt es jedoch wohl nicht der Mühe wert, sich seiner Glaubensgenossen anzunehmen oder besitzt keinen Einfluß bei den Behörden, denn die Lage hat sich keinesfalls gebessert. Im Kreise Sieradz gab es vor dem Kriege 10 deutsche Schulen, heute gibt es keine einzige. 1045 deutsche Kinder müssen Schulen mit polnischer Unterrichtssprache besuchen, vierzig Kinder erhalten sogar keinen evangelischen Religionsunterricht.**

In den übrigen Kreisen Kongreßpolens sehen die Verhältnisse ähnlich aus. Deshalb werde ich keine weiteren Zahlen mehr anführen.

In Posen und Pommerellen

konnten kaum 54,8 Prozent deutscher Kinder deutsche Schulen besuchen, 45,2 Prozent dagegen waren in polnischen Schulen zerstreut. Gegenwärtig hat sich dieses Verhältnis noch bedeutend zuungunsten der deutschen Kinder geändert. In Oberschlesien gibt die Genfer Konvention der deutschen Bevölkerung ein wirksameres Abwehrmittel, obgleich auch dort die deutschen Lehrer rücksichtslos versetzt oder pensioniert werden. Lehrer dagegen, die sich als Werkzeuge der Polonisierung benutzen lassen, beschäftigt man bis ins greise Alter hinein. So ist z. B. an der Minderheitsschule in Końszyce Herr Jagsz, ein 71jähriger Greis, tätig. In den deutschen Minderheitsschulen Oberschlesiens sind 81 polnische und 178 deutsche Lehrer angestellt. **Von 62 Schulleitern gehören 49 der polnischen Nationalität an.**

Nicht minder trostlos sieht auch die Lage des privaten deutschen Schulwesens aus. Obgleich der Art. 110 unserer Staatsverfassung, der sich auf den Minderheitenschutzvertrag stützt, den Minderheiten das Recht garantiert, private Schulen und Bildungsanstalten zu gründen, zu beaufsichtigen und zu leiten, so bereitet die Schulbehörde den Deutschen trotzdem die größten Schwierigkeiten, um es zu Neugründungen von privaten Schulen nicht kommen zu lassen. **An einigen Beispielen will ich dem Hohen Hause schildern, wie nun**

die tolerante Behandlung

der deutschen Privatschulen in Wirklichkeit aussieht. Im Jahre 1921 wurde in Dirschau ein deutsches Progymnasium gegründet. Bis zum Schluß des Schuljahres 1930/31 hat diese Schule einigemal ihren Direktor gewechselt, wobei die Schulbehörde keine besonderen Schwierigkeiten bereitete. Am Schluß des vergangenen Schuljahres legte der bisherige Direktor sein Amt nieder. Auf seine Stelle meldete sich im März v. J. ein neuer Kandidat, der die vollen Qualifikationen besitzt und dessen bisherige Tätigkeit nicht im geringsten beanstandet wurde. Das Schulkuratorium verlangte dem früheren Leiter unter Berufung auf formelle Gründe die Konzession ab. Trotz mehrerer Interventionen des neuen Schulleiters und des Deutschen Schulvereins in Dirschau, der dieses Gymnasium bis dahin unterhielt, zögerte das Schulkuratorium mit der Erledigung dieser Angelegenheit. Man versicherte aber, daß bis zum Schluß der Ferien eine Erledigung erfolgen werde. **Wie groß war das Erstaunen der interessierten Kreise, als man ihnen kurz vor Beginn des neuen Schuljahres mitteilte, daß das Kuratorium das deutsche Progymnasium in Dirschau für aufgehoben erachtet und die Erteilung einer neuen Konzession von einer ganzen Reihe neuer Bedingungen abhängig macht. Die Bedingungen waren vollständig unausführbar. Man verlangte nämlich einen vollständigen Umbau der Schulräume, Schaffung und Einrichtung von Arbeitsräumen in einigen Fächern und eine bedeutende Vergrößerung der Lehrmittelsammlung. Außerdem wurden noch weitere Papiere gefordert. Alles, was möglich war, wurde unverzüglich gemacht, um den Forderungen des Kuratoriums gerecht zu werden. Man legte den Behörden einen Beweis vor, daß schon vor dem Wechsel des Direktors ein Platz gekauft und der Bau eines neuen Hauses beschlossen wurde. Zum Ankauf von Lehrmitteln wurden für die nächsten zwei Jahre je 5000 Złoty bestimmt. Alle Hindernisse schienen nun beseitigt zu sein. Das Kuratorium versprach auch, vor dem 31. August die Konzession zu erteilen. Es kam der 1. September, die Konzession war aber immer noch nicht da. 150 Kinder, die sich gemeldet hatten, mußten nach Hause geschickt werden. Die Bemühungen um die Konzession wurden mit noch größerer Energie fortgesetzt. Am 12. September wurde auf eine telephonische Anfrage im Kuratorium der Bescheid erteilt, die Konzession wird erteilt werden. Am 14. September traf jedoch zum größten Erstaunen der Schulverwaltung eine schriftliche abschlägige Antwort ein. Dagegen wurde sofort an das Ministerium Berufung eingelegt. Es wurde nichts unversucht gelassen, um sowohl die administrativen als auch die Schulbehörden zu überzeugen, daß hier absolut kein Grund zur Verweigerung der Konzession vorliegt. Es folgte Intervention auf Intervention, Anfrage auf Anfrage, die schriftliche Antwort des Ministeriums bleibt aber bis heute aus. 150 Kinder bleiben schon über ein halbes Jahr ohne Unterricht, das angestellte Lehrpersonal ohne Beschäftigung und das gemietete Gebäude ohne Benutzung. Die bis zur Verzweiflung gebrachten Eltern versuchten nun darin einen Ausweg zu finden, daß sie um die Konzession für eine siebenklassige Volksschule nachgesucht haben. Auch dieser Antrag bleibt ohne Erledigung, und zwar mit der Begründung, daß der Antrag auf Wiedereröffnung des Progymnasiums noch nicht erledigt ist.**

In Gniew in Pommerellen wollten die Deutschen eine Privatschule errichten. Sie stellten den Antrag laut Vorschrift schon zum 1. März 1929. Der Antrag wurde abgelehnt, weil das Schullokal bemängelt wurde. Die deutsche Bevölkerung baute daraufhin ein neues Schulhaus und erneuerte ihren Antrag am 1. März 1930. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Weil das neue Haus angeblich kein Schulhaus, sondern ein Wohnhaus sei. Dem Ministerium wurde mit der Berufung ausreichendes Material vorgelegt, daß das Haus sich für Schulzwecke eignet, aber auch hier warten die deutschen Eltern schon über 5 Monate auf eine Entscheidung.

Es ist bezeichnend, daß die Behörden die Einrichtung neuer Schulen meistens deshalb verweigern, weil die Schullokale beanstandet werden. Ist die deutsche Bevölkerung gewillt, ein neues Schulhaus zu bauen, so lehnt die Baubehörde den Bau ab, weil die neue Schule noch nicht besteht. Aus diesem Zirkel findet die deutsche Bevölkerung keinen Ausweg.

In seiner gestrigen Rede wandte sich Senator Dr. Pant an die Regierung mit dem Appell, sie möchte endlich näher erklären, was sie unter dem

Begriff „Loyalität"

eigentlich versteht. Denn das, was man in der ganzen Welt unter diesem Begriff versteht, erfüllt die deutsche Bevölkerung in Polen mit aller Gewissenhaftigkeit. Ich richte diesen Appell heute an die Adresse des Herrn Unterrichtsministers. Ich tue dies aus dem Grunde, weil man mit diesem Begriff als einem Werkzeug zur Schließung der deutschen Privatschulen, Entziehung der Unterrichtserlaubnis operiert und den deutschen Lehrern jede Verdienst- und Lebensmöglichkeit nimmt.

Mitten im Schuljahre werden den deutschen Privatschulen die Lehrer genommen, weil sie angeblich als illoyal gelten. **Diese Vorwürfe werden nie durch Anführung von Tatsachen begründet.** Es ist möglich, sich zu rechtfertigen und die Behörden zu überzeugen, daß der Vorwurf der Illoyalität unbegründet ist. Selbst junge Leute, die kaum ein Lehrerseminar oder eine andere Anstalt beendet haben und sich um eine Anstellung im Lehrerberuf bemühen, werden zur Ausübung dieses Berufes nicht zugelassen, weil man auch ihnen den Mangel an Loyalität vorwirft, obgleich diese Leute direkt aus der Schule kommen und keine Möglichkeit hatten, ihre Loyalität oder Illoyalität zu bekunden. Für diese Menschen handelt es sich doch um eine Lebensstellung. Sie dürfen ihr Amt, für das sie sich jahrelang vorbereitet haben, nicht ausüben. Sie können niemals erfahren, was ihnen vorgeworfen wird, es gibt für sie kein Rechtsmittel und keinen Beschwerdeweg. Selbst dann, wenn diese Vorwürfe auf Intrigen und Verleumdungen aus persönlicher Rache beruhen.

Der Lodzer Prozeß

Unlängst fand in Lodz ein aufsehenerregender Prozeß des Lehrkörpers des dortigen Gymnasiums gegen gewissenlose Verleumdungen, die nur deshalb erhoben wurden, weil die meisten Lehrer das Beziehen und Verbreiten eines unter der deutschen Bevölkerung Haß und Verwirrung ausstreuenden Blättchens abgelehnt hatten. Aus Rache hat man den Lehrern vorgeworfen, daß sie vom Nachbarstaat Gelder erhalten, dafür staatsfeindliche Propaganda betreiben und Orgien veranstalten. **Während der Gerichtsverhandlung wurde einwandfrei festgestellt, daß diese Vorwürfe nichts anderes als gewissenlose Verleumdungen darstellen. Eine ganze Reihe von bekannten polnischen Pädagogen, die im deutschen Gymnasium jahrelang tätig sind und die dort herrschenden Verhältnisse ausgezeichnet kennen, haben nur zugunsten der deutschen Lehrer und des Gymnasiums ausgesagt. Selbst ein Offizier des polnischen Heeres, der die militärische Vorbereitung in diesem Gymnasium leitete, sagte dasselbe aus. Daraufhin wurde die Gerichtsverhandlung auf 14 Tage unterbrochen. Während dieser Pause hat ein unbekannter Provokateur in einer Ubikation des Gymnasiums auf die Wand einige unanständige Worte gegen die durch den pädagogischen Rat der Schule beschlossenen „polnischen Tage" hingeschrieben. Es wurde nämlich beschlossen, daß zur Hebung der polnischen Sprachkenntnisse der Schüler an drei Tagen in der Woche in der Anstalt außerhalb des Unterrichts nur polnisch gesprochen werden soll. Diese provokatorische Aufschrift ist gerade an einem Tage, an dem deutsch gesprochen wurde, und in polnischer Sprache gemacht worden. Ferner wurde eine ganze Reihe neuer Zeugen mobilisiert, die jedoch nicht einmal eine Vermutung aussprechen konnten, daß die gegen die deutschen Lehrer öffentlich ausgesprochenen Beschuldigungen wahr sind. Und trotzdem hat das Schulkuratorium, noch ehe diese Angelegenheit mit einem endgültigen Gerichtsurteil abgeschlossen werden konnte, eine ganze Reihe von Repressalien gegen das Gymnasium angewandt. Es stellt sich heraus, daß die Schulbehörden, die doch die Anstalt unter der Hand haben, sie oft visitieren und eine genaue Kontrolle ausüben, nicht den Mut haben, sich dem Terror der Leute zu widersetzen, von denen gestern Herr Sen. Dr. Pant ausführlich gesprochen hat.**

Zu den Ausführungen des Herrn Sen. Dr. Pant will ich heute noch ergänzend zufügen, daß diese Leute, die sich heute das Recht usurpieren, über die Loyalität oder Illoyalität der deutschen Gesellschaft und der Lehrer zu entscheiden, während der Okkupationszeit als Agenten der Geheim- und Sittenpolizei tätig waren. Unter diesen Leuten befindet sich einer, der nicht polnischer Staatsbürger ist, von dem sein Parteikollege öffentlich von der Sejmtribüne und am 2. Mai 1931 vor Gericht unter Eid ausgesagt hat, daß dieser Herr es fertig gebracht hat, als Abgeordneter des Danziger Landtages gleichzeitig im Dienste eines Nachbarstaates zum Schaden des Freistaates Danzig tätig zu sein. Während des Prozesses der deutschen Gymnasiallehrer hat ein Rechtsanwalt dem Lodzer Bezirksgericht einen Beweis vorgelegt, daß einer der besonders rührigen Mitarbeiter des Kultur- und Wirtschaftsbundes wegen systematischen Diebstahls angeklagt ist.

Meine Herren! Können Sie es von der deutschen Bevölkerung und von den deutschen Lehrern verlangen, daß sie diese Leute als ihre Repräsentanten und Führer anerkennen? Und doch wurde bei dieser pseudo-deutschen Organisation ein Lehrerverein gegründet und die deutschen Lehrer werden durch Terror gezwungen, sich dieser Organisation anzuschließen. Ich will ganz offen zugeben, daß es deutsche Lehrer gibt, die Sympatiker des Regierungsblocks sind und sogar während der Wahlen für die Liste Nr. 1 geworben haben. Sie erklären aber offen: dieser Organisation können wir nicht angehören, weil dies unser Ehrgefühl verletzen würde. Die Schulinspektoren üben aber dennoch auf die Lehrer einen Druck aus, damit sie in diese Organisation eintreten. Ein junger Lehrer in Lodz, der kontraktmäßig angestellt war, bekam eines Tages ohne jeden Grund seine Entlassung. Nachträglich wurde ihm geraten, ein Gesuch durch den Kultur- und Wirtschaftsbund um Wiederanstellung einzureichen. Dieser junge Mann weinte fast im Kreise seiner Freunde und fragte, warum verlangt man von ihm diese

Demütigung

Was sollte aber dieser mittellose Jüngling machen? Mit Bitterkeit in einem wehen Herzen ist er hingegangen und bekam wieder eine Anstellung.

Herr Minister! Soll das die staatliche Erziehung sein? Meine Herren von der Regierungsmehrheit, wollen Sie auf diese Weise die Deutschen für sich gewinnen? Nein, dies wird nie geschehen!

In Lodz besteht seit vielen Jahren ein deutscher Lehrerverein. Diese Organisation ist ganz apolitisch, hat sich für politische Fragen wenig interessiert und opferte alle seine Kräfte zur Weiterbildung und Vervollkommnung der Lehrer in ihrem Beruf. Diese Organisation hat der Lodzer Schulinspektor fast vollständig zerschlagen. Den noch verhältnismäßig jungen und arbeitsfähigen Vorsitzenden dieses Vereins, eines geschätzten Pädagogen, hat man in den Ruhestand versetzt. Dasselbe Schicksal traf den Sekretär und noch ein anderes Mitglied des Vorstandes. Zwei weitere Mitglieder des Vorstandes, hervorragende Lehrkräfte und allgemein bekannte Pädagogen, die viele Jahre in Lodz tätig waren, mit dieser Stadt durch viele Bande verknüpft sind, hat man nach jahrelanger gewissenhafter und aufopfernder Arbeit in weitentlegene polnische Dorfschulen versetzt. Für was trifft diese Menschen diese schwere Strafe?

Unlängst traf ich einen der aus Lodz in eine polnische Landschule versetzten deutschen Lehrer. Er erklärte mir mit bebender Stimme: Man hat mich versetzt. Unlängst hatte ich auf der neuen Stelle eine Musterstunde. Der Schulinspektor und die Kollegen waren ganz begeistert. Man achtet mich und fühlt mit mir mit. Wenn ich aber an einem Abend, fern von den Meinigen allein dasitze und

Deutsche Senatoren rufen das Marschallgericht an

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 5. März.

Die Methoden im Kampfe gegen das Deutschtum in Polen, die von gewissen Kreisen von jeher ausgiebig und völlig skrupellos angewandt wurden, bestehen in letzter Zeit in besonders hohem Maße aus völlig grundlosen und niedrigsten Instinkten entspringenden Verdächtigungen gegen das seinem Volkstum treue Deutschtum und seine Führer. Diese im Zivilleben besonders beliebten Methoden beabsichtigt man anscheinend auch auf parlamentarisches Gebiet auszudehnen, wobei die Parallelität zwischen der Anwendung dieser Methoden durch den sog. Kultur- und Wirtschaftsbund und die Angehörigen des Regierungsblocks auffällt. Die Anschuldigungen, die der Abgeordnete des Regierungsblocks Pawelek am Donnerstag im Senat gegen die deutschen Senatoren Dr. Pant und Utta erhob, fallen unter diese Art von aus den Fingern gesogenen und einer moralisch niedrigsten Denkweise entspringenden Verleumdungen. Die Behauptung, daß die deutschen Senatoren nur deshalb gegen die angeblichen Unterdrückungen der Polen in Deutschland — die bei näherem Hinsehen tatsächlich nicht bestehen — nicht protestieren, weil ihnen dann die „Subventionen" aus Berlin entzogen würden, ist so ungeheuerlich, daß die deutschen Senatoren sich zu dem entsprechenden Protestschritte veranlaßt gesehen haben.

In der gestrigen Senatssitzung gab vor Eintritt in die Tagesordnung der deutsche Senator Dr. Pant in seinem Namen und im Namen des Senators Utta eine Erklärung ab, in der er sich mit den Ausführungen des Senators Pawelek befaßte. In dieser Erklärung wird festgestellt, daß der Senator Pawelek durch die Verdächtigung bezüglich der angeblichen Subventionen, die die deutschen Senatoren aus Deutschland erhalten sollen, den Anschein erwecken wolle, als ob die deutschen Senatoren nicht aus Gewissenspflicht für ihre deutschen Volksgenossen in Polen einträten, sondern durch materielle Vorteile dazu bewogen würden. Beide Senatoren protestieren auf das entschiedenste gegen diese grundlosen Verdächtigungen und bitten den Senatsmarschall, durch Einsetzung eines Marschallgerichts den Deutschen die Möglichkeit zu geben, die niedrigen Verleumdungen des Senators Pawelek zu entlarven.

Es ist dringend zu wünschen, daß das Marschallgericht vorurteilslos den deutschen Senatoren ihr Recht zukommen läßt. In diesem Zusammenhang wird allerdings noch erst der Fall der ukrainischen Abgeordneten Rudnicka zu klären sein. Frau Rudnicka wandte sich wegen einer gegen sie von einem Abgeordneten des Regierungsblocks geschleuderten Verdächtigung ebenfalls an das Marschallgericht des Sejm mit der Bitte um Ehrenschutz. Der Vertreter der Frau Rudnicka war ein Ukrainer, der des die Verdächtigungen aufstellenden Abgeordneten ein Abgeordneter des Regierungsblocks. Zum Unparteiischen ernannte der Sejmmarschall ebenfalls einen Abgeordneten des Regierungsblocks, obwohl nach den bisherigen Gepflogenheiten zum Unparteiischen ein Abgeordneter ernannt wird, der einer dritten, nicht an dem Streit interessierten Parteigruppe angehört. Frau Rudnicka verzichtete deshalb in Anbetracht der Ernennung eines der Partei ihres Gegner angehörenden Abgeordneten zum Unparteiischen auf den Ehrenschutz des Marschallsgerichts. Hoffentlich wird bei der Behandlung der Angelegenheit der Senatoren Utta und Dr. Pant der frühere Brauch in der Zusammensetzung des Marschallsgerichts aufrechterhalten.

Ruhe an den Fronten

Der Konflikt im fernen Osten

Schanghai, 5. März. In Schanghai veranstaltete die chinesische Bevölkerung gestern Freudenkundgebungen, da das Gerücht von einem großen chinesischen Sieg und von der Ermordung des japanischen Oberkommandierenden verbreitet war. Die Bevölkerung zündete Feuerwerkskörper an. Die Demonstration erstreckte sich auch auf die internationale Niederlassung in Schanghai. Die ausländischen Truppen in Schanghai wurden alarmiert, doch haben sich ernste Zusammenstöße nicht ereignet. Die Japaner erklären, daß die Gerüchte von einem chinesischen Sieg und von der Ermordung des japanischen Oberkommandierenden jeder Grundlage entbehrten.

Aus der amerikanischen Hauptstadt Washington wird berichtet, daß die Vorschläge des Völkerbundes zur Beendigung der Feindseligkeiten in Schanghai von den amtlichen amerikanischen Kreisen mit Genugtuung aufgenommen worden seien. Man erwartet, daß der amerikanische Gesandte in China ermächtigt werden würde, an der geplanten Friedenskonferenz teilzunehmen.

In der mandschurischen Stadt Charbin haben die japanischen Behörden alle chinesischen und russischen Zeitungen verboten, welche gegen die Gründung eines selbständigen mandschurischen Staates Stellung genommen haben. Es dürfen nur noch Zeitungen erscheinen, die von den Japanern unterstützt werden. Die chinesische Nationalpartei hat jetzt die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rußland gewilligt. Wie gemeldet wurde, hatte die chinesische Regierung vor wenigen Tagen beschlossen, die Beziehungen zu Rußland wieder aufzunehmen, die seit dem Streit um die Ostchinabahn im Jahre 1929 unterbrochen waren.

Der japanische Nachschub in Schanghai eingetroffen

Schanghai, 5. März. Die japanischen Truppenverstärkung von 10 000 Mann, die bei Liuho und Wusung gelandet wurde, ist in Schanghai eingetroffen. Dadurch erhöht sich die Zahl der japanischen Streitkräfte auf 55 000 Mann. Dem japanischen Hauptquartier zufolge herrscht an der Front Ruhe.

Im Hauptausschuß des Völkerbundes

Genf, 5. März. In der gestern abend zusammengetretenen Völkerbundsversammlung erklärte der Vertreter Chinas, daß er die vom Hauptausschuß vorgelegte Entschließung annehme. Er hob ausdrücklich hervor, daß die Bestimmungen der Entschließung sich nur auf die Waffenstillstandsverhandlungen, nicht auf die spätere Konferenz bezöge. In den Waffenstillstandsverhandlungen dürften China keine besonderen Bedingungen gestellt werden. Die Entschließung wurde mit allen Stimmen, einschließlich derjenigen Japans und Chinas, angenommen. Der Hauptausschuß wird heute die Verhandlungen weiterführen.

Posener Tageblatt

Aus Stadt und Land

Nr. 54
Sonntag, den 6. März 1932

Posener Kalender

Sonnabend, den 5. März

Sonnenaufgang 6.31, Sonnenuntergang 17.37. Mondaufgang 6.16, Monduntergang 15.30.

Für Sonntag: Sonnenaufgang 6.29, Sonnenuntergang 17.39. Mondaufgang 6.27, Monduntergang 16.46.

Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft — 5 Grad Celsius. Südwinde. Barometer 752. Heiter.

Gestern: Höchste Temperatur + 5, niedrigste — 6 Grad Celsius.

Wettervoraussage für Sonntag, den 6. März

Westlich der Oder Bewölkungszunahme, östlich der Oder noch vorwiegend heiter, nirgends wesentliche Temperaturänderung.

Wasserstand der Warthe am 5. März + 0,28 Meter.

Holzversorgung des Wohlfahrtsdienstes
Telephon 1185.

Wohin gehen wir heute?

Teatr Wielki:

Sonnabend: „Halka" (Premiere).
Sonntag, nachm.: „Der Namenstag der Försterchristl". (Kindervorstellung.)
Sonntag, abend: „Der Graf von Luxemburg".

Teatr Polski:

Sonnabend: „Millionen Qualen".
Sonntag, nachm.: „Wie man die Frau erobert".
Sonntag, abend: „Millionen Qualen".
Montag: „Der Liebe zweiter Name".

Teatr Nowy:

Sonnabend: „Zar Paul I."
Sonntag, 3.30 Uhr nachm.: „Der Habicht".
Sonntag, abend: „Den man ins Gesicht schlägt".
Montag: „Zar Paul I."

Kinos:

Apollo: „Das Jahr 1914". (5, 7, 9 Uhr.)
Metropolis: „Zigeunerromanze". (½5, ½7, ½9 Uhr.)
Nowości: „Christus". (5, 7, 9 Uhr.)
Słońce: „Ulanen, Ulanen". (5, 7, 9 Uhr.) 9 Uhr.)

Auf das Stiftungsfest des Evangelischen Vereins Junger Männer, das immer einen großen Teil unserer evangelischen Stadtbevölkerung sammeln darf, sei noch einmal aufmerksam gemacht. Es findet statt am Sonntag, dem 6. März, vormittags 10½ Uhr, mit einem Festgottesdienst in der St. Paulikirche, nachmittags 5 Uhr, mit einem Festabend; am Montag, 7½ Uhr mit einem Familienabend im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses. Da die Karten für Sonntag nachmittag schon vergriffen sind, empfehlen wir, sich noch mit den zum Eintritt nötigen Freikarten für Montag zu versehen. Soweit man sie nicht durch Vereinsmitglieder erhalten kann, hole man sie ab in der Vereinskanzlei täglich nachmittags von 3 bis 4 Uhr. Die Programme, die jeder Besucher haben muß, um der Feier folgen zu können, kosten 50 Groschen. Am Schluß der Veranstaltungen wird ein freiwilliges Opfer erbeten zur Deckung der Unkosten und für den Verein selbst.

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein veranstaltet seine ordentliche Jahreshauptversammlung Montag, den 7. März, abends 7.30 Uhr im Sitzungssaal des Raiffeisenhauses, Wjazdowa Nr. 3. Vor Erledigung des geschäftlichen Teiles spricht Herr Oberlehrer Becker über Giftgase. Zum Vortrag sind Gäste willkommen.

Der jüdische Turn- und Sportverein „Bar Kochba"-Posen veranstaltet am Sonntag, dem 6. März, nachm. 4 Uhr in der Turnhalle des Deutschen Gymnasiums, Wały Jagielły 2, ein Schauturnen, zu dem alle Freunde und Interessenten freundlichst eingeladen sind. Der Eintritt ist unentgeltlich.

Sturm im Wasserglas

Der Verein Deutscher Hochschüler-Posen veranstaltet am Sonntag, dem 13. März d. J., einen Theaterabend. Zur Aufführung gelangt die dreiaktige Komödie „Sturm im Wasserglas" von Bruno Frank. — Das Stück, das sich durch seinen gesunden Humor und psychologisch feinen Aufbau allgemeiner Beliebtheit erfreut, ist auch schon hier im Lande in Bromberg, Bielitz und Warschau mit Erfolg aufgeführt worden. Es ist zu hoffen, daß der Abend dem V. D. H. ein volles Haus beschert.

Kleine Posener Chronik

X **Lebensmüde wirft sich in die Warthe.** Gestern in den Vormittagsstunden warf sich eine etwa 27jährige, bisher unbekannte Frauensperson in selbstmörderischer Absicht beim Schilling in die Fluten der Warthe. Fischer zogen die Frau aus dem Wasser. Da sie anscheinend nervenkrank ist, wurde seitens des Arztes der Bereitschaft ihre Ueberführung in die Nervenheilanstalt in der Grabenstraße angeordnet. Man nimmt an, daß die Frau die Tat aus Liebeskummer vollbracht hat.

X **Autozusammenstoß.** Gestern in den Vormittagsstunden stießen in der Poststraße (Ecke Rzeczypospolitej) zwei Autodroschken zusammen. Glücklicherweise waren beide Wagen unbesetzt. Die Wagen wurden stark beschädigt. Wer die Schuld trägt, wird die Untersuchung ergeben.

X **Kindesaussetzung.** Vor der Tür des Säuglingsheims auf dem Sapiehaplatz wurde ein zwei- bis dreiwöchiges Kind weiblichen Geschlechts ausgesetzt. Es fand in dem Heim Aufnahme.

X **Grober Unfug.** In das Geschäft von Margolin am Alten Markt wurde wahrscheinlich von einem Lausbuben eine Rakete hineingeworfen. Als die Expedientin zufällig darauf trat, erfolgte eine Explosion, die mehr Schreck als Schaden verursachte.

Das Wesen des Bolschewismus

Seine Wurzeln liegen tiefer . . .

Der Landesverband für Innere Mission hatte seine Mitglieder und den weiten Kreis seiner Freunde zu einem Vortragsabend mit obigem Thema in das Evangelische Vereinshaus eingeladen. Erfreulicherweise war eine so stattliche Hörerschar erschienen, daß der große Vereinshaussaal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Als Redner war Studiendirektor Staemmler aus Frankfurt a. O. gewonnen worden, der als Sohn von Geheimrat D. Staemmler das Posener Land seine Heimat nennt. Studiendirektor Staemmler, der jetzt das Predigerseminar in Frankfurt a. O. leitet, war vorher jahrelang in der vom Kommunismus wohl am meisten durchsetzten Gegend Deutschlands tätig, nämlich im Umkreis von Halle und Bitterfeld. So konnte er auf Grund eigener Erfahrungen und eigener Berührung das Wesen des Bolschewismus schildern. Er machte erschreckend klar, daß man, um den Bolschewismus kennen und beurteilen zu können, gar nicht erst nach Rußland zu gehen braucht, woher die Schilderungen und Berichte doch immer widersprechend lauten, sondern auch im übrigen Europa Wesen und Ziele dieser ungeheuren Bewegung feststellen kann. Der Redner verzichtete darauf, die Erscheinungsformen des Bolschewismus darzulegen, wie sie sich im Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsform oder gegen die Kirche offenbaren. Er ging vielmehr grundsätzlich auf das Wesen des Bolschewismus ein, als dessen Hauptzug er die Lösung aller Bindungen erklärte. Wie die Bindung in Ehe und Familie aufgehört hat, so will man auch von einer Bindung an Gott nichts mehr wissen, ja betrachtet sie sogar nach einem Ausspruch von Lenin als Erniedrigung der Menschenwürde, als eine Art Rausch und Verdummung. An die Stelle des Rechtes mit all seinen im Völkerbewußtsein verankerten Begriffen ist der Nutzen getreten. Es ist alles erlaubt, was der Proletarierklasse zu dienen vermag. Diese Grundzüge gelten auch für den deutschen Bolschewismus, der organisatorisch und finanziell bekanntlich gänzlich von Moskau abhängig ist. Träger des Bolschewismus in seiner vielgestaltigen Art ist aber nicht nur das Proletariat, das offen und mit der Faust den Kampf aufnimmt, sondern seine Keime liegen — und hier bergen sich die größten Gefahren — auch in der modernen Literatur, auch in Zeitungen und Zeitschriften. Zahlreiche Bewegungen, die nach außen hin mit dem Bolschewismus nichts gemeinsam haben, verwirklichen doch in Lebensanschauung und Lebensstil seine Forderungen. Weltanschaulich datiert die Bewegung nicht von heute und gestern, sondern ist im Grunde genommen die Philosophie des satten Bürgertums aus dem 19. Jahrhundert, die jetzt erst ihre Früchte trägt. Wie diese materialistische Lebensanschauung auch auf Rußland übergegriffen hat, wurde vom Redner in sehr feinen psychologischen Ausführungen geschildert. Dadurch trägt der bürgerliche Westen auch sein Teil Schuld an der Entstehung des Bolschewismus. Die Saat ist aufgegangen, die vor zwei und drei Menschenaltern so sorglos gesät wurde. Wenn aber der Bolschewismus uns in der Gegenwart so beängstigend nahe gerückt ist, so besteht auch für uns die unbedingte Forderung einer persönlichen Entscheidung. Der Vortrag klang sehr eindrucksvoll dahin aus, daß es wertlos ist, Kompromisse nach dieser oder jener Seite hin zu schließen und daß es unmöglich ist, sich neutral zu verhalten. Hier kann es nur ein Für oder Wider geben, das jeder persönlich entscheiden muß.

Der Vortragsabend stand unter der Leitung von Dir. Lic. Dr. Kammel, der zum Schluß für eine Sammlung der Winterhilfe aufforderte, die erfreulicherweise ein gutes Ergebnis brachte.

Ein verhängnisvoller Schuß

X **Posen**, 5. März. **Kazimier Tyrala hatte in seiner Wohnung mit seiner Braut Helene Sil ein bißchen viel gezecht. Es kam zu einer Auseinandersetzung, die so heftige Formen annahm, daß die Braut den Revolver des Bräutigams suchte und fand. T. versuchte, seiner Braut die Waffe zu entreißen. Dabei ging ein Schuß los, der die Braut in den Kopf über dem linken Auge traf. Die Schwerverletzte wurde von dem Arzt der Bereitschaft in das Krankenhaus gebracht, ihr Bräutigam verhaftet und die Waffe beschlagnahmt. Wie wir auf einen telephonischen Anruf hin erfahren, wird die Schwerverletzte im Laufe des heutigen Vormittags einer Operation unterzogen.**

Halasprozeß Anfang April!

X **Posen**, 5. März.

Wie wir aus zuverlässigster Quelle erfahren, findet die Hauptverhandlung gegen Halas in den ersten Tagen des Monats April d. J. statt.

*

+ Ueber das Vorleben von Leon Halas, gegen den wohl die Gerichtsverhandlungen wegen Ermordnung seines Schwagers in nächster Zeit eröffnet werden dürften, wird uns von unserem Ostrowoer Mitarbeiter geschrieben:

Der aus Frankreich nach Posen transportierte, des Raubmordes verdächtige Leon Halas, wanderte im Jahre 1920 aus Westfalen hier in Ostrowo ein, wo er eine mittlere Beamtenstelle an der Eisenbahn übernahm. An dem Bolschewikenkriege nahm er als Freiwilliger bei einem Posener Infanterie-Regiment teil. Nach Kriegsbeendigung diente er seine militärische Dienstzeit in Posen ab. Hier lernte er seine zukünftige Frau kennen. Nach der Entlassung nahm er wiederum an der Eisenbahn Anstellung. Da sein Versetzungsgesuch nach Posen nicht berücksichtigt wurde, gab er die Stellung auf und fand Arbeit in der Posener Druckerei der Z. Z. P.

Kündigungen müssen vorschriftsmäßig erfolgen

Ein interessanter Freispruch

X **Posen, 3. März.** Vor dem hiesigen Bezirksgericht unter Vorsitz des Landrichters Dr. Woźniak und Anklagevertreters Staatsanwalts Elsnerowicz hatten sich die Eheleute Brunon und Anna Schmidtchen aus Lubięniec, Kreis Neutomischel, wegen Meineides zu verantworten.

Den Angeklagten wird zur Last gelegt, am 22. Mai v. Js. gelegentlich eines Zivilprozesses vor dem Bezirksgericht in Bentschen, der gegen sie von dem Ausgedinger Karl Kohlisz wegen Rückzahlung eines Darlehns anhängig gemacht worden war, unter Eid ausgesagt zu haben, daß Kohlisz ihnen am 1. Oktober 1930 das Darlehn in Höhe von 700 Złoty nicht gekündigt hätte.

Die Angeklagten bestreiten, sich schuldig gemacht zu haben. Auch heute behaupten sie, damals nur die volle Wahrheit beschworen zu haben, da Kohlisz ihnen nicht vorschriftsmäßig gekündigt hätte, vielmehr nur im Laufe eines Streites die Aeußerung fallen ließ, daß er das Darlehn kündigen werde.

Die Zeugen Kohlisz, Gotthilf und Prüwer behaupten, daß den Angeklagten bewußt war, daß ihnen das Darlehn am 1. Oktober 1930 gekündigt war, da sie in der Wohnung des Prüwer selbst davon erzählt haben.

Die glänzende Verteidigungsrede des Rechtsanwalts Seidlewicz, welcher die nicht vorschriftsmäßig erfolgte Kündigung als eine nicht erfolgte begründete, überzeugte das Gericht, das die Angeklagten auf Kosten der Staatskasse freisprach.

Wie war's im Februar?

Der verflossene Monat Februar zeichnete sich durch sehr starke Fröste aus, die dem Ende des Winters einen besonders scharfen Charakter gaben. Die Temperatur der Luft schwankte in Posen zwischen 19 Grad Kälte und 5 Grad Wärme. Das Mittel betrug 3,2 Grad Kälte und fiel bis zu 2,5 Grad zu niedrig aus. Schneefälle hatten wir ziemlich oft, aber sie waren nicht reichlich und brachten in 13 Tagen insgesamt 22 Millimeter Wasser, was 84 Prozent der Normalniederschläge im Februar ausmacht. Die Sonne schien insgesamt 108 Stunden (155 Prozent der Normalhöhe). Die Wetterwarte in Gollentschin zeigte eine durchschnittlich um 0,5 Grad niedrigere Temperatur an, als sie in der Stadt herrschte. Steter Frost herrschte an 10 Tagen (die Norm ist 8). Nur zwei Tage waren ganz ohne Frost (Norm 8). Auf den Feldern lag der Schnee 13 Tage lang mit Unterbrechungen (Norm 9); er erreichte 11 Zentimeter Dicke. Der Februar war in diesem Jahre bedeutend kälter als der Januar. In solchen Fällen pflegte in früheren Jahren der März dann vorwiegend kühl zu sein.

Nur wenige Ausländer kommen nach Polen

Die meisten aus Deutschland

Nach den letzten statistischen Angaben sind im Laufe des ersten Halbjahres 1931 insgesamt 38 670 Ausländer nach Polen gekommen, davon 11 987 Personen nach Warschau. Die meisten Personen kamen aus Deutschland, nämlich 13 096 Reisende, die wenigsten aus Palästina: 185 Personen. In demselben Zeitabschnitt haben insgesamt 35 206 Personen Polen verlassen, davon sind 11 432 Personen von Warschau abgereist. Die meisten Personen reisten nach Deutschland, und zwar 12 438, die wenigsten nach Palästina, nämlich 147 Personen. Aus Sowjetrußland sind im Laufe eines halben Jahres 392 Personen nach Polen eingereist, während 341 Personen wieder zurückreisten.

Filmschau

„Zigeunerromanze"

im Metropolis

Nicht alle Menschen sind musikalisch. Aber jeder wird für eine bestimmte Art Musik empfänglich sein. Rodes Zigeunerkapelle, die in dem Tonfilm im Metropolis Musik macht, hat gewiß jedem etwas zu sagen. Man kann sich diesen Melodien nicht entziehen, ob nun das „Gitarrenlied", oder die ungarische Rhapsodie, oder der weltberühmte oft gehörte Straußsche Walzer „An der schönen blauen Donau" vorgetragen wird. Besonders dieser Straußsche Walzer wird mit einem so hinreißenden Schwung und mit so viel Melodik zu Gehör gebracht, daß nicht nur die Zuhörer auf der Leinwand, sondern auch im Zuschauerraum völlig aus dem Häuschen gerieten und begeistert mitklatschten. Brigitte Helm spielt die mondäne Frau, die in das Herz eines Zigeuners Unruhe bringt. Diesen Zigeuner, der seinen Stamm verläßt, spielt (und singt!) Joseph Schildkraut mit großer Meisterschaft. Brigitte Helm ist in einzelnen Szenen auch schauspielerisch groß. So als sie sich gelassen den Handschuh überstreift, nachdem sie von dem zerstörten Leben des Zigeunerburschen gehört hatte. Wer die sehnsüchtige Musik der Zigeuner liebt (und eine kleine Schwäche hat auch der anspruchsvollste Musikfreund für sie!), gehe ins Metropolis. Er wird das Geld und die Zeit dank der diesmal ganz ausgezeichneten Tonwiedergabe nicht bereuen.

(Ende des redaktionellen Teils)

Quo Vadis?

Prozeß um einen Film

X **Posen, 4. März.** Es handelt sich in diesem Prozeß um den einst so berühmten Film „Quo Vadis" nach dem ebenso berühmten Roman von Sienkiewicz. Der Film war von der Firma „Kolos" für Polen seinerzeit mit dem Alleinaufführungsrecht erworben worden. Da Emil Jannings in ihm den Nero spielt, brachte er allen Kinos einen Bombenerfolg. Das Geschäft ging ausgezeichnet. Abraham Levin dachte sich, warum sollen andere Leute mit dem Film allein Geschäfte machen. Er beauftragte die Filmfirma „Continental" mit der Herstellung eines anderen „Quo Vadis"-Films, bei dem aber die Hauptrolle in anderen Händen lag. Die Firma „Kolos" bekam aber von der Existenz dieses Konkurrenzfilms bald Kenntnis. Sie verklagte Abraham Levin, der sich heute vor der verstärkten Strafkammer des Landgerichts Posen zu verantworten hatte.

Der Angeklagte meint, daß die Firma „Kolos" das Alleinaufführungsrecht für Polen nur für den „Quo Vadis"-Film mit Jannings erworben habe, nicht aber auch für seinen „Quo Vadis"-Film mit einem anderen Hauptdarsteller. Außerdem sei ihm vom Ministerium die Vorführung des Films gestattet worden. Der Rechtsanwalt der klageführenden Firma weist darauf hin, daß sich das Ministerium bei der Erlaubniserteilung nicht um geschäftliche Dinge, wie das Alleinaufführungsrecht kümmert. Der Angeklagte habe genau gewußt, daß sein Film nur eine Kopie des Originalfilms der Firma „Kolos" sei, die das Alleinaufführungsrecht für Polen erworben hatte. Daß der Angeklagte ein sehr schlechtes Gewissen hatte, ergebe sich schon daraus, daß er in seiner Wohnung seinen „Quo Vadis"-Film im Bett versteckt hielt, während alle anderen Filme offen in der Wohnung lagen. Er beantragt eine strenge Bestrafung des Angeklagten und eine Beschlagnahme zugunsten der Firma „Kolos". Der Verteidiger des Angeklagten bittet um Freispruch. Der Angeklagte habe in der Annahme gehandelt, falls das Ministerium seine Genehmigung zur Aufführung gibt, habe er auch das Recht dazu. Das Gericht stellte sich aber auf den Standpunkt, daß der Angeklagte als Fachmann wissen mußte, daß man keine Kopien von Filmen herausbringen darf, deren Alleinaufführungsrecht bereits vergeben ist. Es verurteilte den Angeklagten zu 4 Wochen Arrest und zu einer Geldstrafe in Höhe von 5000 Złoty.

Die Leistungen der polnischen Post

Nach den letzten Angaben des Statistischen Hauptamtes gestaltete sich der Postverkehr in Polen im vergangenen Jahre folgendermaßen: Aus 22 größeren Städten wurden im Laufe des Jahres 570 901 000 gewöhnliche Briefsendungen, 20 019 000 eingeschriebene Sendungen und 5 373 000 Wertbriefe und Pakete verschickt. In denselben Städten sind in dem gleichen Zeitraum 393 473 000 gewöhnliche Briefsendungen, 20 647 000 eingeschriebene Sendungen und 3 998 000 Wertbriefe und Pakete eingelaufen. Insgesamt wurden in den 22 größeren polnischen Städten etwa eine Milliarde Briefsendungen in Empfang genommen und verschickt. Die Zahl der verschickten Telegramme betrug 2 069 000, die der eingelaufenen 2 412 000. Es wurden 546 549 000 Orts- und 14 621 000 Ferngespräche geführt. Auf Postanweisungen sind 547 400 000 Złoty ein- und 649 900 000 Złoty ausgezahlt worden.

Bromberg

l. **Familientragödie.** In Kosowo-Abbau bei Mrotschen spielte sich vor einigen Tagen eine gräßliche Familientragödie ab. Eine Einwohnerfrau schnitt ihren beiden Kindern mit dem Messer die Kehle durch und tötete sich dann auf die gleiche Weise. Der Grund zu der entsetzlichen Tat konnte bisher nicht aufgeklärt werden.

l. **Falschspieler in den Zügen.** In einem Personenzuge zwischen Bromberg und Klarheim wurde ein Landwirt das Opfer einer Falschspielerbande. Mehrere Männer knüpften mit ihm ein Gespräch an, bald darauf schlugen sie ein kleines Spielchen vor. Es dauerte gar nicht lange, so hatte der Bauer eine größere Summe Geldes verloren. Plötzlich stellte er auch das Fehlen seiner goldenen Uhr fest. Im Bromberg angekommen, meldete er den Vorfall der Polizei, welcher es gelang, die fünf Falschspieler zu verhaften. Die Uhr, welche einen Wert von 250 Złoty besitzt, konnte jedoch nicht mehr gefunden werden.

Znin

l. **Feuer.** Am vergangenen Mittwoch abends 8 Uhr sahen Straßenpassanten aus dem Papiergeschäft des Herrn Kaczmarek in Rogowo plötzlich Rauchschwaden und Feuer emporsteigen. Der sofort alarmierten Feuerwehr gelang es, nach mühevoller Arbeit Herr des Feuers zu werden. Verbrannt ist nur ein Teil der Waren und die Ladeneinrichtung. Gestohlen wurden dem Besitzer während der Rettungsaktion aus einer Tischschublade 80 zł Bargeld. Die Brandursache bedarf noch der Aufklärung.

Gnesen

l. **Einbrecher bei der Arbeit.** In einer der letzten Nächte drangen Einbrecher in die Wohnung des Landwirts Karl Godke in Malachowie Kempen ein und stahlen etwa 20 Pfund Speck und etwa ½ Zentner Fleisch und Wurstwaren sowie ein Brot, eine Anzahl Flaschen Wein, sowie etwas Bargeld. Es gelang den unbekannten Dieben unbemerkt zu entkommen. In der Ruine eines alten Hauses in der Mühlenstraße in Gnesen wurden 25 Stück Getreidesäcke gefunden. Wie Ermittlungen ergeben haben, wurden sie als Eigentum des hiesigen Rolniks am 27. Februar vom Speicher gestohlen. — Vor einigen Tagen öffneten Einbrecher in den Mittagsstunden die Wohnung der J. Szeligowska, bei der sie ein neues Kleid stahlen. Etwa gleichzeitig wurden bei Frau Bilinska aus der verschlossenen Wohnung zwei Paar goldene Ohrringe gestohlen. Die frechen Diebe entkamen unerkannt.

Wongrowitz

l. **Jahrmarkt.** Der letzte Donnerstag-Jahrmarkt war der großen Kälte wegen nur mäßig besucht. Infolgedessen waren die Geschäfte schleppend und der Umsatz minimal. Pferde (gutes Material) brachten 200—400 Złoty. Geringere Arbeitspferde erzielten 80—150 Złoty. Milchkühe kosteten je nach Qualität 100—300 Zł., Ferkel 15—22 Złoty das Paar. Auf dem Wochenmarkte zahlte man für Butter 1,60—1,80, Eier die Mandel 1,30—1,50, Hühner 1,50—2,50, Enten 2—3.50 das Stück.

Rogasen

S. **In der letzten Schulvorstandssitzung** wurde an Stelle des verstorbenen Herrn Pirscher Herr Mühlengutsbesitzer Georg Krüger-Ruda zum stellv. Vorsitzenden gewählt. Herr Kaufmann Karl Koebernik verkaufte das Schulgrundstück, das frühere Droesesche Hotel, dem Deutschen Gymnasialverein für 40 000 zł.

S. **Bauernverein.** Am Mittwoch, dem 9. 3., findet bei Herrn Tonn vom Bauernverein Rogasen eine Versammlung statt, in welcher Herr Direktor Kraft-Posen einen Vortrag über „Wirtschaftliche Tagesfragen" und Herr Heymann-Lissa einen Vortrag über „Verbesserung der landw. Hühnerhaltung" halten werden. Es ist ein zahlreicher Besuch dieser Versammlung zu erwarten.

Jarotschin

X **Stadtverordnetensitzung.** Am vergangenen Montag, nachm. 5 Uhr fand im Rathaussaale eine Stadtverordnetensitzung statt, die von 15 Mitgliedern besucht war. Punkt 1 der Tagesordnung sah die Wahl eines neuen Magistratsmitgliedes vor. In geheimer Wahl wurde Herr Briske mit 10 Stimmen gewählt. Nach Bestätigung der Wahl durch die Wojewodschaft wird dann Herr Briske seinen bisherigen Posten als Stadtverordnetenvorsteher verlassen, an seine Stelle rückt automatisch der Eisenbahner Michalak. Zu Vorstandsmitgliedern der Kreiskommunalkasse wurden dann noch die Herren Walendowski und Swierkowski gewählt. Nach einstündiger Dauer wurde die Sitzung geschlossen.

X **Diebstahl.** Am 1. März in den Vormittagsstunden wurde im hiesigen Postamte die Witwe Biernacka aus Liswica bestohlen. Die Frau hatte sich nach der Stadt begeben, um ihre Witwenrente und die Rente für ihre Mutter abzuholen. Den ihr zustehenden Betrag von 100 Złoty hatte sie schon vor dem Postgebäude von einem Briefträger in Empfang genommen. Als sie sich dann vor dem Schalter anstellte, um die Rente ihrer Mutter abzuheben, mußte sie zu ihrem Schrecken feststellen, daß man ihr die 100 Złoty gestohlen hatte. Die Polizei, die sofort benachrichtigt wurde, leitete eine energische Untersuchung ein, doch war es bei dem sehr regen Verkehr leider unmöglich, den Täter zu ermitteln.

X **Ertappte Diebe.** In einer der letzten Nächte statteten Diebe der Witwe D. einen Besuch ab. Außer Betten und verschiedenen Wertgegenständen wurde auch noch sämtliches Bargeld mitgenommen. Den energischen Nachforschungen der Polizei aber gelang es, schon am nächsten Tage das Diebesgut auf dem Bahnhof zu beschlagnahmen. Die Täter hatten das Feld geräumt. Doch die tatkräftig aufgenommene Verfolgung führte auch bald zu deren Ergreifung. Die Namen werden vorläufig noch aus dienstlichen Gründen geheim gehalten.

fk. **Grippeferien.** In unserer Stadt ist seit einigen Tagen die Grippe in einem solchen Umfange aufgetreten, daß sich, da zum größten Teil Kinder von ihr befallen sind, das Gymnasium und die Mittelschule gezwungen sahen, wegen der Ansteckungsgefahr den Unterricht bis zum Sonnabend einschließlich ausfallen zu lassen.

Pleschen

fk. **Scheunenbrand.** In Zbiki brannte die mit Stroh gedeckte Holzscheune des Landwirts Franciszek Kubacki nieder. In der Scheune befanden sich sieben Wagen ungedroschenen Roggens fünf Wagen Heu und verschiedene landwirtschaftliche Maschinen. Der Schaden beträgt etwa 3000 Złoty. Das Feuer entstand angeblich durch Funkenauswurf aus dem Schornstein des Nachbars Paprocki, der zwanzig Meter vom Hause entfernt ist. Die Scheune war versichert.

fk. **Einbruch.** Am 27. Februar brachen unbekannte Diebe in das Geschäft des Anton Morkowski in der ul. Kaliska ein und stahlen Waren im Werte von 1000 Złoty. Der Besitzer hat jetzt für die Ergreifung der Täter und die Wiederbeschaffung der Waren 200 Złoty Belohnung ausgesetzt.

Lissa

k. **Das Städt. Arbeitslosenkomitee** wendet sich in einem Aufruf an die hiesige Bürgerschaft und bittet infolge des Anhaltens des strengen Winters um weitere Spenden für die Zwecke des Komitees. Die Zahl der im „Dom Pomocy" zur Verteilung kommenden Mittagessen und Brote wächst ständig und beträgt gegenwärtig täglich über 1200 Mittagessen und monatlich etwa 2500 Brote. Im Monat März werden größere Mittel benötigt, um den Arbeitslosen zu Ostern eine Unterstützung gewähren zu können. Spenden in bar nimmt die Stadthauptkasse, in Naturalien „Dom Pomocy" entgegen.

k. **Der Magistrat gibt bekannt,** daß Rechnungen für ausgeführte Arbeiten bzw. gelieferte Waren im Budgetjahr 1931/32 (1. 4. 31 bis 31. 3. 32) bis spätestens zum 25. März 1932 vorgelegt werden müssen. Nach diesem Termin eingereichte Rechnungen werden nicht berücksichtigt.

k. **Wessen Eigentum?** Im Büro der Polizeiwache an der Comeniusstraße kann ein Herrenrad vom rechtmäßigen Besitzer in Empfang genommen werden.

Gostyń

k. **Selbstmord.** In Bojanowice, Kreis Gostyn, verübte die 17jährige Gymnasialschülerin Antonina Ziębicka Selbstmord, indem sie sich unter die Räder eines Zuges warf. Als Ursache zu dieser grauenhaften Tat wird verschmähte Liebe angenommen.

Kempen

gr. **Neue Eisenbahnlinie in der deutschen Grenzzone.** In der deutschen Grenzzone, welche an das Gebiet des Kreises Kempen und Schildberg polnischerseits grenzt, wurde mit dem Bau einer Eisenbahnstrecke begonnen. Diese Strecke soll die Städte Neu-Mittelwalde und Namslau verbinden. Diese Bahnstrecke wird den polnischen wie auch den deutschen kleinen Grenzverkehr bedeutend erleichtern.

gr. **Geschäftseröffnung.** Die hiesige Genossenschafts-Molkerei hat nun endlich auf dem Markte eine Verkaufsstelle eröffnet. Das Geschäft ist schon früh von ½7 Uhr an geöffnet. Eine Eröffnung dieses Geschäfts war der Wunsch vieler Einwohner, da die Molkerei ziemlich weit vom Mittelpunkt der Stadt entfernt liegt.

gr. **Sacharinschmuggler.** Der Kempener Polizei gelang es, einen gewissen K. Stodolski wohnhaft Opatówek und B. Nowak aus Łęka mrocz. festzunehmen. Es wurden ihnen ca. 3 Kg. Sacharin abgenommen, welches aus Deutschland nach Polen geschmuggelt worden war. Beide wurden in das Gerichtsgefängnis gebracht.

gr. **Diebe in der Kempener Dampfmühle.** Nachts drangen Diebe in einen an der Bahn gelegenen Speicher, welcher der hiesigen Dampfmühle gehört. Es wurden gegen 14 Zentner Roggen gestohlen. Als die Diebe den Roggen auf die Straße herabließen, wurden zwei der Eindringlinge, ein gewisser Antoni P. und Roman W. bemerkt und festgenommen. Die beiden anderen Beteiligten, Stanislaw J. und Jan P., alle aus Kempen gebürtig, konnten noch rechtzeitig weglaufen. Der gestohlene Roggen wurde den Dieben abgenommen.

Rätselhafter Tod

Unglücksfall oder Verbrechen?

fk. **Pleschen, 4. März.**

Dieser Tage erhielt die hiesige Polizei davon Kenntnis, daß der 87jährige Walentin Szymczak aus Strzedzewo nicht eines natürlichen Todes, sondern unter ganz eigenartigen Umständen gestorben sei. Eine sofort eingeleitete Untersuchung führte zu folgendem Ergebnis: Sz. bat seine Schwiegertochter, zur Erwärmung seiner Betten einen Stein anzuwärmen. Die Schwiegertochter kam diesem Wunsche sofort nach, erhitzte einen Ziegelstein und legte ihn unter das Deckbett. Von dem, was weiter geschah, will niemand etwas wissen. Am anderen Morgen fand man Sz. tot und mit einer verkohlten Hand und Brandmalen am Kopf auf. Die Leiche wurde mit Arrest belegt und der gerichtsärztlichen Kommission zugeführt.

Ein politischer Prozeß

Ehemaliger Wojewode auf der Anklagebank

X **Thorn, 5. März.**

Das Thorner Burggericht hat nach sechstägiger Verhandlung, die mit Unterbrechungen stattfand, das Urteil in einem Beleidigungsprozeß gefällt, der vom Senator Bolt von der Nationaldemokratie gegen den früheren pommerellischen Wojewoden Lamot, den Chefredakteur des „Dzień Pomorski", Dr. Brzeg, und Redakteur Nowakowski angestrengt worden war. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu Geldstrafen von 50 bis 3000 Złoty.

Einbrecherbande verhaftet

l. **Janowitz, 3. März.** Der hiesigen Polizei ist es in den letzten Tagen gelungen, eine schwere Einbrecherbande unschädlich zu machen. Schon seit Monaten arbeitet hier sowie im Kreise Znin und in den benachbarten Städten eine Einbrecherbande mit raffinierter Frechheit; die Bewohner wurden in steter Aufregung gehalten. Der Führer der Bande ist ein schwerer Junge namens Wiese aus der Gegend von Czarnikau. Der Genannte konnte der Polizei dadurch in die Hände fallen, daß er sich bei einem Einbruch ein Bein brach. So konnte er nicht flüchten. Mit ihm sind mehrere andere Mitglieder der Bande in das Gerichtsgefängnis in Znin eingeliefert worden. Näheres wird die eingeleitete Untersuchung ergeben.

l. **Strelno, 4 März.** Der hiesigen Polizei ist es gelungen, einen sensationellen Mord aufzuklären. Vor etwa 1½ Monaten hatte die 18jährige Arbeiterin K. Czajkowska aus Gopło hiesigen Kreises einem Kind das Leben geschenkt. Gleich nach der Geburt, während der Abwesenheit ihrer Eltern, steckte die Mutter das Kind in den Kochherd, wo es verbrennen mußte. Die Rabenmutter wurde in das Gerichtsgefängnis eingeliefert. Bisher leugnet sie die schaurige Tat hartnäckig ab.

Ein Kokainschmuggler verhaftet

X **Kempen, 3. März.** (Pat.) Die Grenzbehörden nahmen einen Schmuggler fest, der auf illegalem Wege von Deutschland nach Polen eine größere Menge Kokain zu schmuggeln versuchte. Nähere Einzelheiten über den Umfang der Schmuggelei bleiben im Interesse der Untersuchung vorerst noch das Geheimnis der Behörden.

Fingierte Raubüberfälle

X **Bromberg, 5. März.**

Fingierte Banditenüberfälle scheinen letztens immer mehr in Mode zu kommen. So hat man z. B. festgestellt, daß der angebliche Ueberfall auf den Händler Szczukowski aus Schwetz und Bruno Kuchenny aus Warlubie nicht stattgefunden haben. Im ersteren Falle hatte Szczukowski den Ueberfall aus Furcht vor seiner Frau fingiert. In zweiten Falle ging es dem 20jährigen Kuchenny darum, seine viel jüngere Frau so einzuschüchtern, daß sie sich während seiner Abwesenheit nicht aus dem Hause entfernte.

Briefkasten der Schriftleitung

Sprechstunden in Briefkastenangelegenheiten nur werktäglich von 11 bis 12 Uhr.

(Alle Anfragen sind zu richten an die Briefkasten-Schriftleitung des „Posener Tageblattes". Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Fahrpreisermäßigungs-Anträge: Sejmbüro, Poznań, Wały Leszczyńskiego 3.

F. G. in Z. 1. Wir raten Ihnen, zunächst abzuwarten. Die Maßnahmen der amerikanischen Regierung werden den Dollar kaum gefährden können. Bei einer Umwandlung des Kontos sind Sie an die vorgeschriebene Kündigungsfrist gebunden. Vielleicht kommt Ihnen aber die Bank entgegen. 2. Da der Sachverhalt, so wie Sie ihn uns schildern, vollkommen klar liegt, können wir Ihnen nur raten, den Prozeß durch Ihren Anwalt weiter zu betreiben.

X 100. Umsatzsteuer müssen Sie zahlen, wenn Sie mindestens ein Patent VII. Kategorie haben.

K. T. 100. 1. Wir raten Ihnen, einen derartigen Antrag auf Invalidenrente an die zuständige Izba Skarbowa unter Beifügung der nötigen Dokumente (beglaubigter Auszug aus dem Militärpaß, evtl. noch ärztliche Bescheinigung) zu stellen. Die Behörde veranlaßt dann das weitere. 2. Sie können Antrag auf Invalidenrente bei der zuständigen Kasa chorych unter Beifügung der alten Versicherungskarte stellen.

O. T. 40. Wir glauben nicht, daß die Uebernahme des Grundstückes so möglich gemacht werden kann. Wir raten Ihnen aber, sich an das Deutsche Generalkonsulat in Posen (Poznań, Zwierzyniecka 13) unter genauer Darstellung des Tatbestandes zu wenden.

A. B. 65. Wenn Sie deutscher Staatsangehöriger geworden und nach Deutschland gezogen sind, wird Ihnen vom polnischen Staate die Rente nicht mehr gezahlt werden. Da eine vertragliche Regelung zwischen Deutschland und Polen in dieser Frage bisher nicht getroffen worden ist, ist die Anerkennungspflicht deutscherseits strittig. Wenden Sie sich am besten direkt an das deutsche Generalkonsulat, Poznań, Zwierzyniecka 13, und an die Zakłady Ubezp. prac. umysl., Poznań, ul. Dąbrowskiego.

Wanzenvernichtung. Einfach, billig und sicher wirken Ammoniakdämpfe: in dem verwanzten Zimmer mehrere flache, mit Salmiakgeist gefüllte Schalen aufstellen. Zimmer einige Tage luftdicht verschlossen halten. Ist das nicht möglich, so bestreiche man alle von Wanzen bewohnten Stellen mit künstlicher 5prozentiger Certanlösung. Als wirksames Mittel wird auch Alaunlösung sehr empfohlen, die der Gesundheit der Menschen nicht abträglich ist und die die Wanzen für immer vertreiben soll.

G. B. Der Hauswirt ist nur verpflichtet, die Wohnung für den Mieter in bewohnbarem Zustand zu halten. Ueber Renovierung und dgl. werden in der Regel Vereinbarungen im Sinne einer Kostenteilung getroffen. Sie können sich beim Magistrat über die Höhe der Vorkriegsmiete erkundigen und dann eine entsprechende Mietsherabsetzung beantragen.

E. W. Pl. Es wäre Sache Ihres Rechtsanwalts, sich zu erkundigen, worauf die Verschleppung der Klage zurückzuführen ist. Gegebenenfalls müßten Sie sich einen anderen Rechtsanwalt suchen.

K. L. Zunächst haben Sie Anspruch auf eine sechsmonatige und im Falle besonderer Bedürftigkeit auf eine neunmonatige Arbeitslosenunterstützung. Durch freiwillige Weiterzahlung der Beiträge können Sie Ihre Ansprüche aufrechterhalten. Invalidenrente werden Sie ohne weiteres unter den geschilderten Umständen erhalten. In den Genuß der Altersrente treten Sie erst nach Vollendung des 65. Lebensjahres. Die Altersrente, die höher ist als die Invalidenrente, schließt die Zahlung dieser aus.

718 G. Nach Ablauf des Termines kann der Wechsel nicht mehr zu Protest gegeben werden. Einwechseln müssen Sie ihn aber auf Verlangen auch dann. Eine Kürzung der Unfallrente halten wir für möglich, wenn Sie in den Genuß der Invalidenrente treten. Nach Vollendung des 65. Lebensjahres haben Sie Anspruch auf Altersrente.

A. B. Von einem derartigen Gesetz ist uns nichts bekannt. Bei Dienstgehältern, Pensionen ist ein Einkommen unter 2500 Złoty, bei juristischen Personen unter 1500 Złoty steuerfrei. Wegen des Sprachlehrer-Examens wenden Sie sich am besten an das Posener Schulkuratorium oder an das Sejmbüro, Wały Leszczyńskiego 3. Von einer Berlitz-School in Warschau ist uns nichts bekannt.

P. O. Je nach der Höhe der Beitragsklasse muß die Krankenkasse ein entsprechendes Sterbegeld auszahlen.

H. M. Wir raten Ihnen, sich mit einer ausführlichen Darstellung des Sachverhaltes an das Sejmbüro, Wały Leszczyńskiego 3, zu wenden.

M. M. Da Sie nicht Vorkriegsmieter sind und eine freiwillige Vereinbarung über die Mietshöhe vorliegt, werden Sie erst nach Ablauf des Vertrages eine niedrigere Mietshöhe erwirken können.

K. R. Nr. 1000. Ohne Ihre Einwilligung durfte die Ueberweisung des Geldes nach Deutschland nicht vorgenommen werden. Als dies geschah, handelte die Bank bei dieser Transaktion zunächst auf eigene Rechnung und Gefahr. Nachdem Sie aber hiervon Kenntnis erhalten hatten, mußten Sie sofort Protest erheben und Ihr Einverständnis hierzu verweigern. Da dies anscheinend nicht geschah, haben Sie durch Ihr Stillschweigen diese Transaktion nachträglich genehmigt und müssen nun selbst alle ungünstigen Folgen tragen. Im anderen Falle hätten Sie Anspruch auf Aufwertung der Forderung nach der polnischen Aufwertungsverordnung nach dem für Spareinlagen bestimmten Aufwertungssatz.

A. M. Als ein gutes Hausmittel gegen Frost wird der Saft der Aloe empfohlen. Die Blätter werden abgeschnitten und mit dem Saft die erfrorenen Stellen zwei bis dreimal täglich bestrichen. Sodann kommen auch Fußbäder mit heißem Wasser zur Anwendung, dem pro Liter ein Eßlöffel Essig zugesetzt wird. Das Einstreichen mit Jod soll den Juckreiz beheben.

Posener Tageblatt
Die Welt der Frau
Nr. 54
Sonntag, den 6. März 1932

Goethe-Worte

Was einem angehört, wird man nicht los, und wenn man es wegwürfe.

*

Die gegenwärtige Welt ist nicht wert, daß wir etwas für sie tun; denn die stehende kann in dem Augenblick abscheiden. Für die vergangene und künftige müssen wir arbeiten; für jene, daß wir Verdienst anerkennen, für diese, daß wir ihren wahren Wert zu erhöhen suchen.

*

Der Müller denkt, es wachse kein Weizen, als damit seine Mühle gehe.

*

Wer sich nicht zu viel dünkt, ist viel mehr als er glaubt.

*

Die Menge kann tüchtige Menschen nicht entbehren, und die Tüchtigen sind ihnen jederzeit zur Last.

*

Es ist ganz einerlei, vornehm oder gering; das Menschliche muß man immer ausbaden.

Der Besonnene hat recht!

Der Zufall führt mir zwei Menschen in den Weg, zwei junge Menschen, die der Beruf aus entlegenen deutschen Gegenden hierher geführt hat. Schon nach wenigen Worten der neuen Bekanntschaft ergibt sich der Eindruck: zwei stille, verschlossene Menschen. Es wird schwer sein, engere Fühlung mit ihnen zu gewinnen. Sie lassen keinen so leicht an sich herankommen. Höflich und liebenswürdig sind sie, ruhig und besonnen in ihrer Rede, kein Wort zuviel, keins, das irgendwie gefährlich werden könnte. Darum ist ihre Rede doch charaktervoll, und sie sind nicht geneigt, die fremde Ansicht bedenkenlos anzunehmen, lassen sie jedoch auch nicht aus Bequemlichkeit unter den Tisch fallen. Es reizt mich, ihnen einige kleine Fallen zu stellen. Nun müssen sie Farbe bekennen, denke ich. Aber sie umgehen geschickt die Klippen. Beherrscht bis zum Aeußersten, legen sie Zeugnis ab von einer persönlichen Kultur, wie sie nur erzielt werden kann durch sorgsame Erziehung, aber nicht durch Erziehung allein, sondern auch durch Vererbung.

Der junge Mann hat es trotz seiner Jugend bereits zu einem verantwortungsvollen, selbständigen Posten gebracht. Und die noch jüngere Frau ist ihm eine vorzügliche Gefährtin und Vorsteherin seines Hauswesens.

Der Zufall gibt eine weitere Probe. Der Frau stößt ein Mißgeschick zu, über das sich der Mann ärgern kann, ärgern muß. So mancher andere, mancher Gerechtere wäre darüber in Zorn geraten und hätte wohl wenigstens unwirsch gesagt. So paß doch auf! Nichts davon. Ganz ruhig, als ob kaum etwas mehr als nichts geschehen sei, macht er sie auf ihr Mißgeschick aufmerksam. Und die Frau lacht schlicht, einfach und herzlich: Das bessere ich aus! Nichts weiter. Und damit ist der Fall, der in vielen anderen Fällen eine sehr temperamentvolle Zwiesprache herbeigeführt hätte, abgetan.

Von anderer Seite wird mir die Bestätigung meiner Beobachtung. Das Urteil lautet: Er weiß genau, was er will, läßt sich nichts abhandeln, wenn er im Recht ist, setzt seine Kräfte ganz ruhig, aber mit aller Ueberlegung ein und sticht alle Konkurrenten aus. Ergibt sich eine Debatte, wie sie schließlich manchmal nicht zu umgehen ist, so läßt er seinen Gegner erst in aller Ruhe ausreden, austoben, erwidert kaum ein Wort und wenn doch, so ein ganz sachliches. Hat sich aber der Gegner mit seinem Temperament ausgetobt, so kommt er mit einer ganz sachlichen, wohlüberlegten Entgegnung, die ihn entwaffnet.

Ein anderer Menschenschlag? Ein wenig mag es im Blut liegen. Aber der größte Teil ist doch Erziehung, geht zurück auf ein vorbildliches Elternhaus, das den richtigen Grund zum Erfolg des Menschen im Leben gelegt hat. Und nicht nur zum Erfolg, sondern wohl auch zum Glück.

Es muß nicht alles gesagt werden, was man denkt, es muß nicht auf ein Wort des Widerspruchs mit Einsatz aller Mittel der Unbeherrschtheit geantwortet werden. Man kann sich auch zur Sachlichkeit und ruhiger, taktvoller Entgegnung zwingen. Wer mit Grobheiten um sich wirft, wird immer den Kürzeren ziehen, sobald er einen besonnenen Gegner findet.

Jürgen Thiel:

März

Nun ist es Zeit, schon schwillt der Lebensstrom
In allem Sein, in Wurzeln und in Adern.
Die Felder liegen schwer und breit wie Quadern,
Hoch überragt vom Wald, dem ewigen Dom.

Und manchmal weht ein Lüftchen, mild und warm.
Das Meer will seine kühnen Stürme senden,
Das Leben schafft an allen Erdenenden,
Die Welt liegt einem süßen Glück im Arm.

Und hier und da bricht sich Erfüllung los.
Wir glauben blind und werden stumm und reifen.
Und noch wo unsre Sinne nichts begreifen,
Umblühn uns Wunder, hold und himmlisch groß.

Wie lange noch? Der Baum steht lenzbereit,
Der Samen keimt im dunklen Schoß der Erde,
Auf daß er Blüte, Frucht und Ernte werde.
Und alle Herzen schlagen: es ist Zeit!

Japans Frauen von heute

Fernab vom Krieg,

aber lebhaftesten Anteil nehmend am Geschehen, leben auf Nippon und Hondo Japans Frauen. Während der Mann vielleicht in der Mannschurei im Schützengraben liegt oder vor Schanghai am schweren Schiffsgeschütz der Dreadnougths steht oder in den zahlreichen Rüstungsfabriken arbeitet, hütet sie das leichtgebaute, schon im Entwurf auf die ständigen Erdbeben zugeschnittene Haus.

Ihr Leben hat sich in den letzten 10 bis 20 Jahren grundlegend geändert. Wie überall sind auch hier (sogar hier) die Auswirkungen des Krieges und der Nachkriegszeit spürbar: nirgends sonst hat die Emanzipation der Frau sich in so verblüffend schnellem Tempo vollzogen wie hier. War es 1918 noch undenkbar, daß eine japanische Frau im Theater auftrat (auch die Frauenrollen wurden bekanntlich auf Nippon stets von Männern dargestellt), besitzt Tokio heute große und moderne Theater, in denen die Geisha von früher als Revuegirl, als Tänzerin und Darstellerin auftritt. In Yokohama und Osaka besitzt Japan vorzüglich ausgestattete Filmateliers mit den neuartigsten Tonaufnahmegeräten, vor denen Frauen agieren — nicht mehr im Kimono über einem schmalen Hüftschurz, nicht mehr mit den mit Papiermaché unterlegten kunstvollen Frisuren, sondern in moderner Kleidung, im Taillormade und Bubikopf.

Theater und Film sind — wie überhaupt die Kunst — auch hier die sichtbarsten Anzeichen für die Wandlung der allgemeinen Anschauung. Und ihnen dokumentiert sich auch am sichtbarsten

die Verwandlung der Japanerin,

die sich in wenigen Jahren vollzogen hat. Noch vor wenigen Jahren war die Eheschließung in Japan ausschließlich eine Angelegenheit der Eltern. Durch einen verheirateten Freund des Hauses wurde ein passender Partner für die heranwachsende Tochter gesucht, seine Vermögenslage wurde geprüft, gemeinsam mit seinen Eltern beriet man über die zukünftige Vermögenslage des jungen Paares, und wenn alles „perfekt" par, wurde die Braut — gehüllt in kostbare seidene Kimonos, geschminkt in den hauchzarten Pastellfarben der Japaner — dem Bräutigam zugeführt. Und nicht ein Mensch fragte sie danach, ob ihr der Auserwählte auch recht sei oder nicht…

Heute sucht die Japanerin sich selbst und selbständig den Lebensgefährten, dem sie eine tapfere und treusorgende Kameradin sein kann. Sie steht heute ihren Mann im Büro, hinter der Schreibmaschine, im Verkaufsraum, in der Fabrik — und da sie selbständig sorgen muß für den eigenen Lebensunterhalt, will sie auch selbständig die Gestaltung ihres Ehelebens in die Hand nehmen, ohne die ältere Generation um Erlaubnis fragen zu müssen!

Das ist selstverständlich nicht ohne schwere Kämpfe abgegangen. In konservativen Kreisen galt es vor fünf Jahren noch als eine Schande, wenn die Töchter arbeiteten und verdienten (daß sie Fremden im Teehaus zur Unterhaltung zur Verfügung standen, war längst nicht so beschämend!). In Zeitungen und Zeitschriften wurde in größter Weise zu Felde gezogen gegen die „Veramerikanisierung" der weiblichen Jugend. In krassesten Farben wurde ihr die Verkommenheit und Gemeinheit der weißen Frau vor Augen geführt.

Aber die Japanerin ließ sich nicht beirren. Wohl hat sie viele, vielleicht allzuviel Auswüchse der europäischen Zivilisation übernommen. Sie hat aber auch die Tüchtigkeit und die Energie der Europäerin übernommen und von ihr gelernt, wie man als Frau selbst sein Leben anpackt. Und die Ehe?

Der Journalist A. Sakai

schreibt in der „Osaka Mainichi" folgendes:

„Auch unsere Mädchen lassen sich gern ein wenig den Hof machen und wünschen umworben zu werden, ehe sie heiraten, damit sie wissen, wes Geistes Kind ihr zukünftiger Ehegatte ist. Ein richtiger und logischer Gedanke, zweifelsfrei. Und doch habe im konservativen Japan vor kurzem noch alle Menschen den Kopf geschüttelt, wenn sie ein unverheiratetes Paar zusammen sahen!"

Da ein großer Teil der Japanerinnen — nicht nur freiwillig, sondern auch gezwungen durch die immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande — tätig im Lebenskampfe steht und sich ihr Brot selbst verdienen muß, spielt natürlich die materielle Seite der Ehe eine nicht unerhebliche Rolle. Sakai schreibt hierüber:

„Viele der heiratsfähigen Japanerinnen haben den Wunsch, daß ihre zukünftigen Männer guten Charakters sind, guter Erziehung und guter Veranlagung. Dieser Wunsch liegt in Reichweite. Ueber dies hinaus verlangen sie aber auch, daß ihre Männer etwa 200 Yen im Monat verdienen. 200 Yen (1 Yen gleich 2 Mark, 200 Yen also ungefähr 400 Mark) ist keine erschreckende Summe, bei den gegenwärtigen Verhältnissen aber wird es immer schwieriger, 200 Yen monatlich zu verdienen Dieser Wunsch wird also schwer in Erfüllung gehen, dagegen sind die Heiratsaussichten für das genügsamere gebildete junge Mädchen doch recht günstig. Wie lange es so bleiben wird, kann man allerdings nicht wissen!"

Zum Verständnis dieser Ausführungen muß gesagt werden, daß die Durchschnittsgehälter in Japan verhältnismäßig sehr niedrig liegen. Das Anfangsgehalt eines eben von der Hochschule entlassenen Lehrers an einer höheren Schule beträgt nur 70 bis 80 Yen monatlich, das eines Bankbeamten oder sonstigen kaufmännischen Angestellten 60 bis 100 Yen. Diese Leute haben selbstverständlich alle den Wunsch, sich zu verheiraten — aber möglichst mit Frauen, die ebenfalls verdienen und auch materiell zum Hausstand beitragen können. Daher die verhältnismäßig günstigen Heiratschancen für berufstätige Frauen in Japan.

Hausfrau, erhalte dich gesund!

Von Martha von Zobeltitz

Ehe du daran denken kannst, dich schön und jung zu erhalten, dein Aeußeres zu pflegen, sorge, daß die Berufskrankheiten der Hausfrau dich nicht ergreifen, denn dich schützt keine Gewerbehygiene. Keine Behörde beaufsichtigt, daß du in menschenwürdigen, lüftbaren Räumen deine nie endende Arbeit verrichtest, daß du in schonungsbedürftigen Zeiten nun auch wirklich geschont wirst. Deine äußeren Lebensbedingungen kannst du meist nicht ändern, aber du kannst dir selbst mit kleinen Mitteln große Erleichterungen verschaffen, ehe die Berufskrankheiten dich erreicht haben. Glaubst du, wir meinen die teuren elektrischen Hilfsmittel, die ausgeklügelten Küchen- und Kochschränke, die Müllbeförderungsrohre? Im Gegenteil, ein Teil der körperlichen Gesundhaltung besteht in der Verschiedenartigkeit der Wirtschaftstätigkeit alten Stils ohne sogenannte Erleichterungen, insofern, als Bewegungsarbeiten zwischen den Sitz- und Steharbeiten eingeschaltet werden. Es ist den am Plättbrett ermüdeten Beinen gut, Rumpfbeugung beim Aufwischen machen zu helfen, den Zehen, sich beim Staubwischen zu strecken, und brauchen sie das bei deiner stattlichen Körpergröße nicht, dann wippe bei anderer Tätigkeit zur Entspannung mit den Füßen.

Gib deinem Körper Haltung durch Anspannung der Gesäßmuskeln, statt den Leib vorzudrücken und den Kopf hängen zu lassen, denn Leib und Füße sind die Träger der Berufskrankheiten der Hausfrau in erster Linie. Kopfschmerzen, Blutandrang, Krampfadern sind die Folgen, der Nervosität gar nicht zu gedenken, die das Haus in eine Hölle verwandelt, trotz peinlichster Sauberkeit und hochwertiger Mahlzeiten.

Gönne dir ein oder ein paar Mal am Tage zehn Minuten Ruhe in ausgestreckter Lage und lerne dabei auch die Gedanken ausschalten. Du arbeitest nachher desto konzentrierter. Kleide dich so bequem wie möglich bei der Hausarbeit, damit du nicht die Mehrleistung des Kampfes gegen das Objekt hast. Nicht alte Kleider und Schuhe, sondern leichte Kleider und bequeme Schuhe sind die Arbeitstracht der Hausfrau. Dann ruhst du in den kurzen Zwischenzeiten wirklich aus.

Rase nicht aus der vollen Arbeit ohne Uebergang in die abendliche Erholung außer dem Hause. So gut du dir Zeit nimmst, Haare und Kleidung zu ordnen, so gut kannst du deine Nerven ordnen, ehe du an die Anstrengung der Erholung gehst. Erziehe deine Familie dazu, dein Ruhebedürfnis zu achten und ihre Wünsche zu gelegener Zeit vorzubringen. Trage nicht zu schwer, weil du zu faul bist, zweimal zu gehen, und mute der Linken nicht zu viel zu, weil die Rechte für Täschchen und Schirm frei sein will.

Vor allem aber: lerne deine Zeit einteilen und halte den einmal aufgestellten Plan sorgsam im Auge. Du ahnst nicht, wieviel Zeit man mit der planlosen Hetzjagd von einem zum andern verliert!

Beschäftigung kleiner Kinder

Wie oft höre ich von Müttern die Klage: „Ich komme zu keiner ruhigen Arbeit, das Kind ist gar zu lebhaft!" Mir ging es auch so, bis ich durch Beobachtung für meinen kleinen Wildfang allerlei fesselnde Beschäftigungen fand, wobei ich ungestört meine Arbeiten in Haus und Garten verrichten kann. Oft bekommt er auf der Fensterbank sein Plätzchen angewiesen und beobachtet voller Eifer, was die Straßenkehrer, Postboten, Hunde und Katzen machen. Durch Fragen und Antworten wird das eine sehr schöne Unterhaltung. Wenn ich das Geschirr abspüle, findet sich Bubi regelmäßig ein, um mit einem Emaillekännchen warmes Wasser in die Spülschüssel zu gießen, das er aus einem Topf schöpft. Diese Tätigkeit ist so schön, daß ich immer viel zu früh für ihn fertig bin.

Ueberhaupt lasse ich ihn in der Küche öfter mit Wasser spielen. Die Aermelchen werden hochgekrempelt, ein Wachstuch- oder Gummischürzchen (nur zum Plantschen, sonst nicht) umgebunden, und das Vergnügen kann losgehen. Er bekommt zwei Eimer, in einen etwas Wasser, im Winter warmes, im andern eine Kanne oder Flasche, in die er mit viel Ausdauer Wasser einfüllt und wieder ausgießt. Da die Flasche im Eimer steht, wird der Fußboden nicht so naß. Uebrigens kann er ganz allein mit dem Scheuertuch aufwischen.

Im Zimmer beschäftigt sich mein Söhnchen am liebsten mit Eisenbahnspielen. Als Zug dient ihm so ziemlich alles: Zigarrenkisten, Brettchen, Streichholzschachteln, Bücher, alte Hefte, ja sogar Holzscheite und Kohlenstückchen hat er schon erwischt und freudestrahlend erklärt: „Mutterle, damit kann man auch Eisenbahn spielen!" Sehr gern stellt er auch alle Stühle hintereinander; die Mutter muß in die Eisenbahn einsteigen, kann aber ruhig dabei nähen, nur darf sie den Fahrschein nicht fallen lassen und muß immer ein bißchen mit dem Schaffner plaudern.

Am schwierigsten war es, den Buben allein zu beschäftigen, wenn ich Klavier üben mußte, denn dann wollte er auch immer spielen. Da habe ich nun eine Anzahl illustrierter Zeitschriften bereit, die er nach Eisenbahnen und Autos durchblättert. Mit Papier und Bleistift oder giftfreien Farbstiften hat er sich auch schon manch halbes Stündchen amüsiert. Sind die Händchen recht schmutzig, dann darf er sie sich allein in einer Schüssel waschen und kann dabei Enten und Schiffe schwimmen lassen.

Im Garten, im Sommer habe ich es leichter, da kann er so ziemlich machen was er will.

Daß man durch Märchenerzählen die Kinder leicht zur Ruhe bringt, weiß wohl jede Mutter. Nur darf man kleinen Kindern nicht zu vielerlei bringen. An Beschäftigungsspielen mit einfachsten Hilfsmitteln ist in dieser Zeitschrift schon viel Zweckmäßiges genannt worden

Vielleicht habe ich der einen oder anderen jungen Mutter eine Anregung gegeben. Es muß aber jede i h r Kind beobachten und es so beschäftigen, daß seine Liebhabereien, wie Eisenbahn-, Kasperl- oder Puppenspielen, berücksichtig werden. Dann wird die Mutter auch zu ihrer Arbeit kommen, ohne daß ständig ein Kind am Rock hängt. Bemerken will ich noch, daß man einem einzelnen Kinde am besten einen Spielgefährten gibt, das ist die beste Lösung, wo es angeht.

Von unsern Kindern

„Mütterchen, ich habe Hunger." — „Dann will ich dir gleich eine Schnitte machen." Zögernd, mit leicht kokettem Blick nach der Belohnungsbonbondose: „Brothunger habe ich ja nun nicht." — „Und für Süßhunger gibt es nichts." Leichter Seufzer: „Na, dann werde ich meinen Brothunger einschalten."

*

Ich bin heute so artig, man denkt gar nicht, daß ich es bin.

*

Der Nachbarsjunge ist erst ein paar Wochen alt und in seiner winzigen Kleinheit für unsere beiden, Götz und Sol, von größtem Interesse. Das Gespräch kommt sehr oft auf den kleinen Alfons. „Mutter, ich hab ein paar Löcher im Strumpf, aber du brauchst nicht zu erschrecken, es sind nur winzig kleine Alfönschen."

*

Beim Friseur. „Nun, Günther, habe ich deine Mutti nicht schön frisiert?" — „Ja, Onkel Friseur, sehr schön, nur hast du vergessen, ihr das weiße Garn aus den Haaren herauszumachen!"

*

Helmut bewundert in einer Strumpfauslage die schönen Strümpfe, besonders aber die schönen Beine mit den Strümpfen. Nur eins versteht er durchaus nicht und erkundigt sich: „Müssen eigentlich die Verkaufsfrolleins in den Geschäften den ganzen Tag ihre Beine in die Schaufenster halten? Werden die denn davon nicht müde?"

*

Georg macht in der überfüllten Untergrundbahn einer Dame Platz. Die Dame ist hocherfreut und lobt ihn: „Du bist aber sehr höflich, Kleiner; bist du das immer?" — Georg: „O nein, nicht immer, nur bei ganz alten Damen!" Betretenes Schweigen der jugendlich aufmontierten Dame, Gelächter der Nachbarschaft.

*

Paulchen hat eine Trommel geschenkt bekommen. „Mutti, aus was ist die Trommel eigentlich gemacht?" — „Aus Eselshaut!" — Paulchen: „Ach, ich weiß, sicher aus dem Trommelfell vom Esel!"

Für die Küche

Hausfreunde. 100 Gr. Butter, 100 Gr. Mehl, 50 Gr. Zucker, 50 Gr. geröstete Haselnüsse, ein Eidotter. Die Zutaten werden auf dem Brett zu einem glatten Teig geknetet, indem man Mehl unterstreut, bis der Teig nicht mehr klebt. Dann walkt man ihn ziemlich dick aus, sticht mit einem Ausstecher kleine Plätzchen aus, die man sogleich in gut ausgeheizter Röhre bäckt. Wenn sie fertig sind, setzt man je zwei mit Johannisbeermarmelade zusammen, überzieht sie mit Schokoladenglasur und bestreut sie mit kleingehackten Pistazien oder Mandeln.

Teegebäck. 100 Gr. Butter, 140 Gr. Mehl, 3 Eßlöffel Milch, ein Ei. Man knetet von Butter, Mehl und Milch einen Teig, den man dünn ausrollt, mit Ei bestreicht, dicht mit geriebenen Mandeln und Zucker bestreut, auf einem Kuchenblech rasch bäckt. Noch heiß, schneidet man mit scharfem Messer kleine Vierecke und andere geometrische Figuren.

Spritz-Bäckerei. 100 Gr. Butter, 100 Gr. Staubzucker, ein Vanillin, zwei Eidotter, Saft und Schale einer halben Zitrone, 70 Gr. geriebene Mandeln, 150 Gr. Mehl. Die Zutaten verarbeite man zu einer weichen, sahnigen Masse, die durch den Spritzsack in Kränzchen oder anderen Figuren auf ein wachsbestrichenes Blech dressiert wird. Blaßgelb backen. Nocht warm, wälzt man das Gebäck in Vanillezucker.

Inka-Eier. Man schlägt ein Ei in kleine, gefettete Auflaufförmchen, gibt feingewiegten Schinken oder Bratenreste, Butterflöckchen, Salz und obenauf geriebenen Käse hinein und läßt alles im Wasserbade stocken. Zum Anrichten stürzt man die Eier und gibt dazu eine pikante Kräutersauce.

(Der Zeitschrift „Neue Hauswirtschaft", K. Thienemanns Verlag, Stuttgart, entnommen.)

Pikante Brotsuppe: Einen Teller voll Schwarz- und Weißbrot weicht man einen Tag vorher ein oder dreht man durch die Reibmaschine. Ist das Brot völlig durchzogen, drückt man es fest aus, kocht es mit Milch, Butter, Kümmel, Salz nochmals auf und rührt es durch einen Durchschlag. Zum Anrichten wird die Suppe mit einem in saurem Rahm verquirlten Eigelb abgezogen.

SCHUHE FÜR DAS UNBESTÄNDIGE WETTER IM FRÜHLING.

Bata

BESUCHEN SIE UNS — WIR BERATEN SIE UND EMPFEHLEN IHNEN DAS MODELL, WELCHES FÜR SIE AM GEEIGNETESTEN IST.

WIR REPARIEREN

Ihnen in unseren Reparaturwerkstätten, die mit den modernsten Maschinen eingerichtet sind, sämtliches, auch bei uns nicht gekauftes Schuhwerk.



19.90 — Modell 2945-11
Praktische und bequeme Spangen-Halbschuhe für den täglichen Gebrauch. Halbhoher Absatz. Zi-19-Po.

19.90 — Modell 1937-22
Schwarze oder braune Herren-Halbschuhe mit äusserst dauerhafter Gummisohle. Für jedermann erschwinglich.

29.90 — Modell 9977-27
Schwarze Schnürschuhe aus festem Rindbox mit starker Ledersohle. Halbspitze Façon.

TRAGEN SIE UNSERE WARMEN UND DAUERHAFTEN STÜMPFE UND SOCKEN. WECHSELN SIE DIESE TÄGLICH.

Eine Skizze Ihres Lebens gratis.

„SIE KONNEN IHRE SORGEN VERJAGEN"

sagt der berühmte Astrologe.

Eine Skizze oder eine Beschreibung des Lebens ist für eine vernünftig denkende Person so wichtig wie die Meereskarte für den Seemann. Warum wollen Sie mit verbundenen Augen umhergehen, wenn Sie durch einen einfachen Brief die genaue Information erhalten können, welche Sie zum Glück und zum Erfolg führen kann?

Vorher gewarnt ist vorher gerüstet.

Prof. ROXROY wird Ihnen sagen, wie Sie Erfolg haben können, welches Ihre günstigen und ungünstigen Tage sind, wann Sie ein neues Unternehmen beginnen oder eine Reise antreten sollen, wann und wen Sie heiraten, wann Sie um Vergünstigungen fragen, Investierungen machen oder spekulieren sollen. Dies alles und vieles andere kann aus Ihrer Lebenskarte ersehen werden.

Mme. E. Servagnet, Villa Petit Paradis, Alger, sagt:

„Ich bin mit meinem Horoskop vollkommen zufrieden, das mit großer Genauigkeit vergangene und jetzige Tatsachen enthüllt, getreu die Züge meines Charakters und meinen Gesundheitszustand angibt, diskret den Schleier der Zukunft lüftet und sehr wertvollen Rat hinzufügt. Die Arbeit des Prof. Roxroy ist wundervoll."

Um eine kurze Skizze Ihres Lebens gratis zu erhalten, wollen Sie einfach den Tag, Monat, Jahr und Ort Ihrer Geburt angeben. Schreiben Sie deutlich und unbedingt eigenhändig Ihren Namen und Adresse und senden Sie Ihre Angaben sofort an Prof. Roxroy. Wenn Sie wollen, können Sie 2,— zł in Briefmarken beifügen (keine Geldmünzen einschließen) zur Bestreitung des Portos, der Schreibgebühren usw. Adresse: ROXROY, Dept. 1798 G., Emmastraat 42, Haag (Holland). Briefporto nach Holland: 0,60 zł.

Kauft immer nur

Molenda-Stoffe

Weil führend in der Mode

Weil hervorragend die Qualitäten

Weil riesig die Auswahl

Weil billig im Preise

Tuchfabrik-Niederlage



Poznań, Plac Sto. Krzyski 1.

Bis zum 12. März dauert meine WEISSE-WOCHE

Billig — Billiger — Am billigsten!

Baumwoll-Leinen 70 cm	von 0,62 zł	Küchenhandtuchstoff ..	von 0,40 zł	Abgep. Fenster:	
„ 80 „	„ 0,75 „	Handtuchstoff Damast .	„ 1,05 „	Kongreß......	von 4,50 zł
„ 140 „	„ 1,60 „	Handtücher Waffel	„ 0,50 „	Weiß Madras..	„ 6,75 „
„ 160 „	„ 1,80 „	Handtücher Frotté	„ 0,65 „	Engl. Tüll ...	„ 9,20 „
Madapolam 80 „	„ 1,10 „	Servietten	„ 0,55 „	Tüllbettdecken 2schläfr.	„ 18,50 „
Nansuk 80 „	„ 1,30 „	Tischtücher Damast	„ 2,60 „	Waffelbettdecke, weiß	„ 5,00 „
Silesja 90 „	„ 1,30 „	Verhangstoff 140 cm	„ 2,50 „	„ bunt	„ 4,40 „
Madapolam 180 „	„ 3,70 „	„ 160 „	„ 3,90 „	Tischtuch, bunt	„ 2,75 „
Rohleinen 140 „	„ 1,35 „	Kongreßstoff zu Gardinen	„ 0,50 „	Garnitur f. 6 P.	„ 13,00 „

Ich mache speziell aufmerksam auf die große Auswahl in Leinenstoffen und Tischtücher des bekannten Fabrikats „Żyrardów".

Läuferstoffe...	von 1,75 zł	Bettvorleger...	von 3,20 zł	Steppbettdecken	von 13,50 zł
Damen-Taghemd	„ 0,95 „	Damen-Nachthemd farbig	„ 3,60 „	Klöppelspitze..	„ 0,05 „
Damen-Taghemd mit Einsatz	„ 1,75 „	Damen-Beinkleider....	„ 1,95 „	„ mittelbreit	„ 0,16 „
„ „ farbig	„ 1,40 „	Kindertaschent.	„ 0,05 „	„ breit	„ 0,30 „
Damen-Nachthemd	„ 3,25 „	Herren-Taschentüch. m. Kant.	„ 0,28 „	Erstlingswäsche in groß. Auswahl.	

Während der Weißen Woche auf alle anderen Artikel 10% Rabatt.

St. Raczyk • Poznań

Stary Rynek 92 — Ecke ul. Wroniecka.

Kopfschmerzen-Pulver für Erwachsene



Bacon-Fabrik,

ein sehr geeignetes Grundstück mit großen Kühlräumen, dicht bei dem städtischen Schlachthaus, ist preiswert zu verkaufen oder zu verpachten. Anfr. sind zu richten u. 2665 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Auch Sie! finden einen Herrn mit Existenz und Kapital durch **„Elite"**.
Auch Sie! finden eine Dame m. Vermögen durch

„Elite" Eheanbahnung

Danzig-Langfuhr, Friedensteg 12.

Engros — **Bekanntmachung** — **Detail**

Hierdurch gebe ich höflichst bekannt, daß ich neben meinem seit vielen Jahren bekannten Engrosgeschäft für **Damenhüte und sämtlichen Zubehör** ein **Detailgeschäft** eröffnet habe. Mein Lager ist mit den letzten Neuheiten versehen, die ich billigst verkaufe.

HÜTE von den billigsten bis zu den elegantesten empfiehlt

B. TENENBAUM, Poznań

Stary Rynek 95/97 I. St. Vorderhaus Tel. 11-71

Rettung für Hautkranke!

Hautcreme **„Heilwunder"** Danziger Patent Nr. 1919. Einzigartiges Kosmetikum zur Pflege der Haut, hilft vermöge seiner Eigenschaften selbst in **verzweifelten** Fällen bei **sämtlichen Flechten**, auch **Bartflechte, offenen Beinschäden, Ekzeme, Pickel, Ausschläge** aller Art, **Gesichts- und Nasenröte, Frostschäden** usw.

Glänzende Anerkennungen. Bei Nichterfolg Geld zurück.

Preis 8.60 zł. Versand per Nachnahme, bei **Voreinsendung** des Betrages **portofrei**. Bei Bestellung Zweckangabe erbeten.

Chem. Kosm. Laboratorium „Klossin"
Danzig 7 (Gdańsk), Hundegasse 43.

Zur Reichspräsidentenwahl in Deutschland

Hochinteressant!

Gestalten rings um Hindenburg

Führende Köpfe der Republik und die Berliner Gesellschaft von heute

Ln. Mk. 6.—

Auslieferung für Polen bei der **Kosmos Sp. z o. o.** Groß-Sortiment
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Leipziger Neueste Nachrichten

eine der einflußreichsten und verbreitetsten Tageszeitungen des Deutschen Reiches.

In der ganzen Welt bekannt.

*

Täglich überaus fesselnder und reichhaltiger politischer, kultureller und wirtschaftlicher Lesestoff, der eine **ausgezeichnete Übersicht über die deutschen Verhältnisse ermöglicht**

*

Wer enge geistige Fühlung mit Deutschland aufnehmen will, dem wird die Lektüre der Leipziger Neuesten Nachrichten alle Wünsche erfüllen. Wer geschäftliche Verbindungen mit deutschen Firmen oder Verbrauchern sucht, dem werden die Leipziger Neuesten Nachrichten hervorragende Dienste leisten. Sie sind in Deutschland ein Insertionsorgan von unübertrefflicher Werbekraft.

Tagesauflage: über 180 000 Exemplare!

Hauptgeschäftsstelle Leipzig C 1, Peterssteinweg 19.



Buchführungs-

Arbeiten, Aufstellung von Bilanzen, Bücher-Revisionen, Steuerangelegenheiten übernimmt hier und auswärts erfahrener, auch der polnischen Sprache vollkommen mächtiger Buchhalter. Gefl. Angebote bitte zu richten an Herrn **R. Ast**, Poznań, Artylerzyska 6, für **Fröhnel**.



Hiermit geben wir höflichst bekannt, dass wir mit dem **15. Februar 1932**

in Poznań, ul. Strzelecka 14

Telefon Nr. 13-41

ein

Expeditions- Handelshaus

unter der Firma **Gustaw Kawecki**

Inh.: **Gustaw Kawecki** und **Edmund Chrząstowski**

eröffnet haben.

Wir erledigen: Transporte von Möbeln, eisernen- u. Geldschränken, Büro- und Fabrikeinrichtungen usw., Umzüge von Ort zu Ort im In- und Auslande, Verzollung und Lagerung aller Art Waren und Gegenstände.

Wir besitzen: einen großen Fuhrpark und sichern fachgemäße, sorgfältige Erledigung aller uns anvertrauten Aufträge zu.

Wir empfehlen: Lastautos für Umzüge und andere Transporte für jede Entfernung.

Streng kalkulierte Preise.

Telefon 13-41. Strassenbahnverbindung: Nr. 3, 4 u. 8.

Der deutsche Kreditmarkt in der Krise

Umstrittene Geldschöpfungspläne — Um die Mobilisierung der Kreditreserven — Das schwierige Diskontproblem

W.K. Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft hängt in erster Linie davon ab, dass es in Deutschland wieder zu einer Kapitalbildung kommt. Der sich an allen Ecken und Enden bemerkbar machende Kapitalmangel ist bekanntlich noch dadurch ausserordentlich gesteigert worden, dass ein Betrag von 5 Milliarden RM. Auslandskapital dem Lande plötzlich entzogen wurde. Ein Ersatz dafür kann nicht eher geschaffen werden, als bis der Anteil des Fiskus am Ertrage der Privatwirtschaft auf ein tragbares Mass beschränkt und dem gegenwärtigen Zustande ein Ende gemacht wird, unter dem die Erfüllung der fiskalischen Ansprüche nur durch Inangriffnahme der Substanz möglich ist.

Die Ergiebigkeit des heimischen Kapitalmarktes ist auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Sie wird sich auch unabhängig von einer Erholung der Wirtschaft erst dann wieder steigern, wenn der Entschluss zur Kapitalanlage durch verbesserte psychologische Voraussetzungen, d. h. durch wiedererwachtes Vertrauen, erleichtert wird. So konnte auch die Rekonstruktion der Grossbanken, soweit sie nicht aus eigener Kraft erfolgt, zunächst nur unter Zuhilfenahme öffentlicher Mittel durchgeführt werden. Man darf diesen Vorgang nicht ohne weiteres einer gewollten Verstaatlichung des privaten Bankwesens gleichstellen. Es handelt sich nach übereinstimmender Auffassung aller Beteiligten um eine Uebergangsmassnahme, die früher oder später durch die Wiederherstellung des privaten Charakters der jetzt öffentlichem Einfluss unterstellten Institute abgelöst wird. Es wäre dringend zu wünschen, dass inzwischen zur Vermeidung schädlicher Bürokratisierung des Kreditwesens von jeder unmittelbaren Einflussnahme auf die Geschäfts- und Kreditpolitik Abstand genommen wird. Wichtiger als das Bedauern darüber, dass aus dem Zwang der Verhältnisse heraus die Rekonstruktion der Grossbanken einen so stark staatskapitalistischen Zug trägt, ist die Tatsache, dass die Banken neu gerüstet an ihre umfassenden Zukunftsaufgaben herangehen können.

Von den verschiedensten Seiten wird heute die Forderung erhoben, durch Kreditausweitung die Mittel zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen bereitzustellen. Man glaubt, auf solche Weise die krisenhafte Erstarrung der Wirtschaft überwinden zu können und glaubt, wenn das erst einmal geschehen sei, mit allen nachteiligen Folgen fertig zu werden, die künstliche Kreditschöpfung im grossen für Währung und Preisbewegung haben muss. Man wird nicht die Finanzierung jeder Arbeitsbeschaffung mit dem Hinweis auf Gefahren für die Währung abtun können. Dabei muss es sich aber um Arbeiten handeln, die nicht nur zu dem einzigen Zweck vorgenommen werden, um jeden Preis Arbeitslose zu beschäftigen, sondern bei denen auch die Rentabilität der aufgewandten Mittel gesichert erscheint. Es ist hierbei zu unterscheiden zwischen Arbeiten, die einem Einzelunternehmen zugute kommen und solchen, die dem Staatsganzen auf lange Sicht dienen mit dem Erfolge, die nationale Unabhängigkeit zu sichern. Bei Arbeitsbeschaffung dieser Art kann mit längeren Fristen gerechnet und mit grösserem Wagemut vorgegangen werden. Immer muss aber die kommende Produktions- und Ertragssteigerung als Ergebnis der durchgeführten Arbeiten und angelegten Kapitalien im Hintergrund stehen. Man muss sich allerdings darüber klar sein, dass mit der Inangriffnahme solche Projekte das Problem der Arbeitslosigkeit als solches nicht gelöst werden kann.

Dieses Ziel würde auch dann noch nicht entfernt erreicht werden, wenn die bekannten Vorschläge verwirklicht würden, die durch künstliche Kreditschöpfung bis zum Betrage von 2 Milliarden RM. neue Beschäftigungsmöglichkeiten für eine Million Arbeitsloser schaffen wollen. Es muss gegenüber allen mit mehr oder weniger Geschick volkswirtschaftlich verbrämten Darlegungen, welche die Berechtigung und Gefahrlosigkeit solcher Kreditausweitung nachweisen wollen, mit allem Nachdruck ausgesprochen werden, dass eine Kreditausweitung solcher Grössenordnung unmittelbar in inflationistische Gefahrennähe führen würde.

Alle derartigen Bedenken fallen jedoch, wie die DD-Bank in ihrem letzten Monatsbericht ausführt, fort, wenn es gelänge, die Kreditreserve zu mobilisieren, die in Gestalt von 800—1000 Millionen RM. gehorteter Zahlungsmittel vorhanden ist. Hier würde es sich um den Rückgriff auf Sparkapitalien handeln, die in früherer Zeit angesammelt und erst im Verlauf der Kreditkrise von den Geldinstituten abgezogen worden sind. Allein bei den Sparkassen hatte sich der Bestand an Spareinlagen, der bis zum Mai 1931 noch regelmässig angewachsen war und mit 11,22 Milliarden RM. seinen Höchststand erreicht hatte, bis zum Ende des Jahres um 1,5 Milliarden verringert. Anzeichen für ein stärkeres Zurückwandern der abgehobenen Gelder in den Bankenapparat sind neuerdings unverkennbar vorhanden. Angesichts der Grösse der Beträge, um die es sich handelt, kommt alles darauf an, durch Vertrauensstärkung diesen Prozess zu fördern. Im Interesse der Gesamtwirtschaft ist es ausserordentlich zu begrüssen, wenn auch die grosse Bereinigungsaktion im Bankgewerbe ihre Wirksamkeit in gleicher Richtung nicht verfehlen würde. Der Rückfluss der baren Zahlungsmittel würde ausserdem sehr nachdrücklich die bisher immer noch ausgebliebene Verflüssigung des Geldmarktes und die Zinsverbilligung fördern, die eine so wesentliche Vorbedingung für die Krisenüberwindung ist. Er würde endlich die Lage der Reichsbank entlasten, deren Notenumlauf immer noch annähernd auf Vorjahrshöhe verharrt, obwohl inzwischen Preise und Umsätze in der Wirtschaft eine sehr starke Senkung erfahren haben. Der gesamte Zahlungsmittelumlauf lag Ende Januar mit 6,3 Milliarden RM. sogar um 350 Millionen RM. über dem vom Januar 1931.

Die Verbilligung der Kreditkosten durch Senkung des Reichsbankdiskonts ist bisher an der fehlenden Bewegungsfreiheit der Reichsbank gescheitert. Diese hat zwar auf ihren inländischen Konten eine beträchtliche Entlastung erfahren, wenn auch der Wechselbestand Mitte Februar mit 3,2 Milliarden RM. immer noch doppelt so hoch war wie vor Jahresfrist. Das Entscheidende ist indessen die Tatsache, dass die Gold- und Devisenbestände bis in die jüngste Zeit ihre, wenn auch sehr stark verminderte Abnahme fortgesetzt haben. Von Beginn des Jahres bis Mitte Februar sind die Deckungsbestände weiter um 83 Millionen RM. zurückgegangen. Hinzu kommt, dass ein erheblicher Teil der jetzt noch vorhandenen Bestände den Erlös des Rediskontkredits der ausländischen Notenbanken darstellt, deren Verlangen nach allmählicher Tilgung, nicht unbeeinflusst von politischen Erwägungen, bei der letzten nur kurzfristig gewährten Verlängerung sehr deutlich erkennbar geworden ist. Die Devisenlage bleibt also angespannt, und die jüngste Entwicklung des Aussenhandels macht für die nahe Zukunft eine Erleichterung noch wenig wahrscheinlich.

Roheisengewinnung 1931

In Millionen Tonnen

Die Statistik der Gewinnung von Roheisen, dem wichtigsten Rohstoff der Industrie, weist im Jahre 1931 im Zeichen der Weltwirtschaftskrise einen Rückgang von 30 Prozent gegenüber der Produktion des Vorjahres auf. Besonders katastrophal ist die Verminderung der Produktion in den Vereinigten Staaten von Amerika (42 Prozent), Grossbritannien (40 Proz.) und Deutschland (37 Prozent). Aber auch alle anderen eisenproduzierenden Länder erlitten Rückschläge. Nur die Sowjetunion konnte den Stand von 1930 behaupten, hat allerdings die im Fünfjahrplan für 1931 vorgesehene Erhöhung der Produktion auf 8 Millionen t infolge Transportschwierigkeiten und mangels qualifizierter Arbeitskräfte nicht erreichen können.

Die Reihenfolge der wichtigsten Eisenproduzenten ist jetzt die folgende (Jahresproduktion in Millionen t):

1. Vereinigte Staaten von Amerika	18,6
2. Frankreich und Saargebiet	9,7
	(davon Saar 1,5)
3. Deutschland	6,1
4. Belgien und Luxemburg	5,3
	(davon Luxemburg 2,1)
5. Sowjetunion	5,0
6. Grossbritannien	3,8

Im Jahre 1930 war diese Aufstellung folgendermassen:

1. Vereinigte Staaten von Amerika	32,3
2. Frankreich und Saar	11,9
3. Deutschland	9,7
4. Grossbritannien	6,3
5. Belgien und Luxemburg	5,9
6. Sowjetunion	5,0

Die Weltproduktion betrug 1931: 55,9 Millionen t gegen 80,3 Millionen t im Jahre 1930. Die Produktion der Europäischen Rohstahlgemeinschaft, in welcher Deutschland, Frankreich, Saargebiet, Belgien und Luxemburg vereinigt sind, hat 1931 mit 21,1 Millionen t die Vereinigten Staaten von Amerika bedeutend überflügelt, während sie im Vorjahr mit 27,5 Millionen t noch hinter den Vereinigten Staaten von Amerika stand.

Autarke Geld- und Kreditwirtschaft

Aus Berlin wird geschrieben:

Der Kredit der ausländischen Notenbanken an die Reichsbank in Höhe von 100 Millionen Dollar war nach den französischen Wünschen nur monateweise verlängert worden, zuletzt bis zum 4. März. Zwei Tage vor Fälligkeit dieses Kredits war noch keine Vereinbarung über eine neue Verlängerung zustandegekommen, und zwar scheiterte sie immer wieder an den französischen Vorbehalten. Der Gesamtkredit konnte nur verlängert werden, wenn sämtliche Beteiligten mit ihrem Anteil einer Verlängerung zustimmten. Frankreich erklärte sich schliesslich bereit, auch seinen Anteil um volle drei Monate zu verlängern, wenn die Reichsbank 10 Prozent des Gesamtkredits, also 42 Millionen Reichsmark zurückzahlen würde. Die Reichsbank war hiermit einverstanden, wenn sie die Zurückzahlung auf die Zeit vom 4. März bis 4. Juni verteilen könnte. Damit war an sich die Grundlage für eine neue Vereinbarung geschaffen: aber nun kamen die Schwierigkeiten von einer anderen Seite: von den Stillhalte-Gläubigern, also den privaten Banken des Auslands. Die Stillhaltung selbst hat immer noch den Schönheitsfehler, dass die französischen Banken noch nicht unterschrieben haben (abgesehen von dem sachlichen Nachteil, dass die Zinsen immer noch viel zu hoch sind). Der Stillhalte-Vertrag sieht aber vor, dass die Notenbank-Kredite verlängert werden. Tritt darin eine Aenderung ein, werden also beispielsweise 10 Prozent des Notenbankkredits zurückgezahlt, so werden die Stillhaltegläubiger damit von ihrem Vertrag entbunden, falls sie sich nicht ausdrücklich damit einverstanden erklärt haben. Die Bemühungen gingen in den letzten Tagen darum, diese Erklärung des Einverständnisses von den verschiedenen Konsortien zu erlangen. England war sofort bereit, die Schweizer Gläubiger aber machten Schwierigkeiten und das amerikanische Gläubiger-Komitee hatte einen Protest bereits nach Berlin geschickt. Solange sich die Regelung dieser Frage nicht übersehen liess, war es der Reichsbank auch nicht möglich, eine Diskontentschädigung zu treffen, obwohl die sonstige Entwicklung ihr schon vorher Anlass zu einer Diskontsenkung gegeben hätte. Die Beanspruchung der Reichsbank war zum Februar-Ultimo ziemlich gering, und durch die Schliessung der letzten Lücken in der Devisengesetzgebung war seit einigen Wochen sogar eine ausgeglichene Devisenbilanz der Reichsbank erzielt worden. Nun ist aber zu bedenken, dass der gesamte Zahlungsmittelumlauf mit 6¼ Milliarden Mark immer noch um ¼ Milliarde höher liegt als vor einem Jahre, obwohl inzwischen Produktion und Umsatztätigkeit in der Wirtschaft erheblich zurückgegangen sind: so stark, dass auch die mutmasslichen gehorteten Noten das nicht aufwiegen würden. Erkennt man das unkontrollierbare Hamstergeld nicht an, so käme man bestimmt zu der Feststellung, dass der Notenumlauf in Deutschland übernormal aufgebläht ist. Im klassischen Sinne müsste das jedenfalls einer Diskontsenkung entgegenwirken. Hinzu kommt nun, dass trotz des gegenwärtigen Ausgleiches der Devisenbilanz der Reichsbank die weiteren Aussichten unserer Devisenlage recht trübe sind. Eine Rückzahlung von 10 Prozent des Notenbankkredites würde Deutschland noch mehr belasten. Auch von dieser Seite bestünde also kein Anlass zur Diskontsenkung — im Sinne der klassischen Goldtheorie.

Wenn nun trotzdem eine Diskontherabsetzung vorgenommen werden sollte, so hätte sie dieselbe Bedeutung wie die ähnlichen Massnahmen in England und Amerika: jedes Land bestimmt heute ganz unabhängig seine Kreditpolitik, weil es auch in der Geld- und Kreditwirtschaft gewissermassen autark geworden ist. Eine Geldverbilligung in Amerika betrifft uns heute ebensowenig wie eine Diskontsenkung in London; es handelt sich in erster Linie um eine innerenglische Angelegenheit. Die alten Kreditbeziehungen zwischen den Ländern bestehen praktisch nicht mehr, so dass auch die klassischen Gesetze der internationalen Kreditwirtschaft nicht mehr wirken können. Das trifft ganz besonders für Deutschland zu: die deutsche Geldbewegung nach aussen ist durch das Stillhalte-Vertragswerk geregelt, die Geldbewegung von aussen nach innen durch die Devisengesetzgebung. Die deutsche Geld- und Kreditwirtschaft ist damit praktisch autark. Deutschland braucht an sich keine Rücksicht auf die Diskontveränderungen in England oder Amerika zu nehmen, wie es gewohnheitsgemäss noch geschieht (in der Reichsbank freilich noch aus Ueberzeugung), und so könnte unabhängig vom Ausland, unabhängig von den Zinsen, die an das Ausland noch zu zahlen sind, ein weiterer schrittweiser Zinsabbau in Deutschland, wie er in der 4. Notverordnung schon begonnen wurde, erfolgen.

Vom Danziger Holzmarkt

Die Lage auf dem Danziger Holzmarkt hat sich in der letzten Zeit unter dem Einfluss von zwei Momenten entwickelt, und zwar: Lieferungen nach Belgien und Einführung der Zölle in England.

Die Lieferungen nach Belgien riefen andauernde Missverständnisse hervor. Die belgischen Importeure haben fast bei jeder Gelegenheit die Abnahme der Transporte mit der Begründung verweigert, dass die Lieferungsbedingungen nicht voll und ganz eingehalten worden seien. Selbstverständlich handelte es sich dabei um unbegründete Beanstandungen, durch welche die Belgier eine Herabsetzung der festgesetzten Preise zu erzielen versuchten. Eine bedeutende belgische Importfirma hat beispielsweise die Qualität des gelieferten Holzes beanstandet und später offen zugegeben, dass der Vertrag vollkommen erfüllt war und dass die Firma lediglich infolge der schlechten Zeiten auf eine Ermässigung der Preise hinaus wollte.

Der Verband der Danziger Holzexporteure hat eine besondere Kommission nach Belgien geschickt, welche die Missverständnisse mit den dortigen Importeuren beseitigen soll. Es bleibt abzuwarten, ob den Misständen dadurch ein Ende bereitet wird. Jedenfalls ist der Handel mit Belgien vorläufig auf einem toten Punkt angelangt. Selbst für einen Preis von 8 Goldpfund cif Antwerpen sind die Belgier nicht geneigt, Abschlüsse zu tätigen, weil sie weitere Preisrückgänge erwarten.

Die bevorstehende Einführung von Holzzöllen in England hat auf dem Danziger Holzmarkt zunächst eine erhebliche Geschäftsbelebung hervorgerufen. Die Exporteure konnten ihre Läger fast restlos räumen. Allerdings ist eine unvorhergesehene Preisentwicklung eingetreten. Man hat mit einem Anschwellen der Preise gerechnet, während das Gegenteil eingetreten ist. Der Preisrückgang ist mit 2½ Schilling pro Standard verhältnismässig gering, doch spielt auch er bei dem niedrigen Preisniveau eine nicht unwesentliche Rolle.

Die zukünftige Entwicklung des englischen Geschäfts ist vorläufig nicht zu übersehen. Wahrscheinlich wird der englische Markt fürs erste wenig aufnahmefähig sein.

Im übrigen rechnet man in Danziger Holzkreisen mit einem weiteren Rückgang der Preise. Die Exporteure nehmen an, dass sie schon in der nächsten Zeit für Kiefernbalken nicht mehr als 50 zł pro cbm und für Tannenbalken nicht mehr als 44—45 zł an den Produzenten werden zahlen können. Das würde einem Preise von 7—8 zł pro cbm Rohstoffe loko Wald gleichkommen, was natürlich geradezu katastrophal für den Waldbesitz wäre.

Kleine Meldungen

Um die Rekonstruktion des Internationalen Rohstahlkartells

Die Verhandlungen mit der belgischen Stahlproduzentengruppe über die noch zu klärenden Fragen, welche in engstem Zusammenhang mit der Wiederaufrichtung des Internationalen Rohstahlkartells stehen, sind nunmehr definitiv gescheitert. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die Rekonstruktion des Kartells und des internationalen Verkaufskontors jetzt weiterhin aufgeschoben werden müssen.

Die Bestrebungen der englischen Freihändler

sollen nach schwedischen Pressemeldungen darauf hinauslaufen, in Kürze in London Verhandlungen mit führenden Persönlichkeiten aus Dänemark, Norwegen, Schweden, Holland und vielleicht auch der Schweiz anzuknüpfen. In diesen Verhandlungen soll untersucht werden, inwieweit die Möglichkeit zu der Errichtung eines Handelsbündnisses zwischen diesen Ländern gegeben ist. Man hofft, durch offiziöse Besprechungen den Weg zu ebnen für eventuelle spätere Unterhandlungen zwischen den Regierungsvertretern der betreffenden Länder.

Waren gegen Tokayerwein

Eine neue Verfügung des ungarischen Finanzministers Baron von Koranyi bestimmt, dass die ausländischen Gläubiger, welche an Ungarn aus Warenlieferungen herrührende Pengöforderungen haben für den betreffenden Betrag Tokayerwein kaufen können. Der Wein darf dann ohne Verpflichtung der Einlieferung ausländischer Valuta ausgeführt werden.

Rückläufige amerikanische Automobilreifen-Erzeugung

Die Automobilreifen-Erzeugung der Vereinigten Staaten belief sich im letzten Jahre auf 48.74 Millionen Stück gegenüber 50.98 Millionen im Jahre 1930 und 68.74 Millionen im Jahre 1929. An das Publikum wurden insgesamt 50.01 Millionen Stück abgesetzt gegen 53.50 Millionen im Vorjahre, so dass die Vorräte bei den Händlern sich im letzten Jahre von rund 9 Millionen Stück auf 7.77 Millionen Stück verringern konnten.

Restriktion der amerikanischen Kupferproduktion

Die Verhandlungen zwischen den amerikanischen Kupferproduzenten und den Vertretern der Union Miniere du Haut Katanga über die weitere Einschränkung der Kupfererzeugung haben bisher noch nicht zu einer Einigung geführt. In Wallstreet betrachtet man es jedoch bereits als ein günstiges Zeichen, dass man übereingekommen ist das vorläufige, am 1. März abgelaufene Abkommen um einige Tage zu verlängern.

Märkte

Getreide. Warschau, 4. März. Amtlicher Bericht der Getreidebörse in Warschau für 100 kg in Złoty, Parität Waggon Warschau, im Grosshandel Roggen 24.50—25, Gutsweizen 27—27.50, Sammelweizen 26—26.50, Einheitshafer 24—25, Sammelhafer 22—23, Gerstengrütze 21.50—22, Braugerste 23—24, Feld-Speiseerbsen 26—30, Viktoriaerbsen 28—34, Winterraps 34—36, Rotklee 175—200, bei Reinheit bis zu 97 Proz. 220—260, Weissklee 250—350, bei Reinheit bis zu 97 Proz. 350—500, Weizenluxusmehl 45—50, Weizenmehl 4/0 40—45, gebeuteltes Roggenmehl 41 bis 42, gesiebtes und Roggenschrotmehl 31—32, mittlere Weizenkleie 15—16, Roggenkleie 14—14.50, Leinkuchen 23—24.50, Rapskuchen 18—19, Sonnenblumenkuchen 18—19, Seradella, doppelt gereinigt 29—31, Blaulupinen 14.50—15.50, gelbe 18—20, Peluschken 25 bis 27, Wicke 24—26, Leinsamen 99proz. 33—35. Marktverlauf: ruhig.

Danzig, 4. März. Amtliche Notierung für 100 kg: Weizen 128 Pfd. rot, bunt 14.70, Roggen z. Konsum 14.70, Roggen z. Export 14.40. Zufuhr nach Danzig in Waggons: Weizen 10, Roggen 1, Gerste 29, Hülsenfrüchte 4, Saaten 4.

Produktenbericht. Berlin, 4. März. Sehr ruhig. Ebenso wie im Vormittagsverkehr war das Geschäft auch an der heutigen Produktenbörse recht schleppend, und am Lieferungsmarkt kamen für beide Brotgetreidearten Notierungen in den späteren Sichten zunächst nicht zustande. Das Inlandsangebot von Weizen tritt vereinzelt mehr in Erscheinung, da die Mühlen nur den dringendsten Bedarf decken. Am Promptmarkt war das Preisniveau kaum verändert, während Märzweizen auf Realisationen 1,75 Mark niedriger eröffnete. Deutscher Roggen ist von der ersten Hand nach wie vor spärlich angeboten und im Preise gut behauptet: hier dürften die üblichen 20 Wagen bei der Promptnotiz abgegeben werden. Die Lieferungspreise zogen auf Deckungen um 1 Mark an, zumal Interventionen nicht erfolgten. Weizen- und Roggenmehle hatten kleines Bedarfsgeschäft bei unveränderten Preisen. Am Hafermarkt hat die Kauflust nach den Preissteigerungen der letzten Tage nachgelassen, und im Lieferungsgeschäft traten Preisrückgänge um 1 bis 2 Mark ein. Gerste ruhig, aber behauptet, Weizen- und Roggenexportscheine waren zu gestrigen Preisen angeboten.

Berlin, 4. März. Getreide und Oelsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen 244—246, Roggen 193—195, Braugerste 183 bis 190, Futter- und Industriegerste 172—176, Hafer 151—158, Weizenmehl 31.25—34.75, Roggenmehl 27 bis 27.90, Weizenkleie 10—10.50, Roggenkleie 9.85 bis 10.25, Viktoriaerbsen 20—27, kleine Speiseerbsen 21—23.50, Futtererbsen 15—17, Peluschken 16.50—18.50, Ackerbohnen 15—17, Wicken 16—19.50, blaue Lupinen 11—12, gelbe Lupinen 15—17, neue Seradella 32—37, Leinkuchen 12.20—12.40, Trockenschnitzel 8.30, Soyaschrot ab Hamburg 11.40—11.50, ab Stettin 12.50, Kartoffelflocken 15.60—16.

Getreide-Termingeschäft. Berlin, 4. März. Mit Normalgewicht 755 g vom Kahn oder vom Speicher Berlin. Getreide für 1000 kg, Mehl für 100 kg einschliesslich Sack frei Berlin. Weizen: Loko-Gewicht 71,5 kg Hektoliter-Gewicht: März 256.75—257.50, Mai 265.25, Juli 270, September 231. Roggen: Loko-Gewicht 69 kg Hektoliter-Gewicht: März 197—196.25, Mai 203.50, Juli 203 und Geld, September 191. Hafer: März 168.50—168.25, Mai 175, Juli 181—180.50, September —.—.

Handelszeitung des Posener Tageblatts

Märkte

Getreide. Posen, 5. März. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań.

Transaktionspreise:

Weizen 25 to	24.00
Erstklassiger Weizen 40 to	24.50

Richtpreise:

Roggen	23.00—23.50
Gerste 64—66 kg	20.00—21.00
Gerste 68 kg	21.50—22.50
Braugerste	23.75—24.75
Hafer	20.25—20.75
Roggenmehl (65%)	35.50—36.50
Weizenmehl (65%)	36.50—38.50
Weizenkleie	13.75—14.75
Weizenkleie (grob)	14.75—15.75
Roggenkleie	14.50—15.00
Raps	32.00—33.00
Sommerwicke	22.00—24.00
Peluschken	23.00—25.00
Viktoriaerbsen	23.00—26.00
Folgererbsen	30.00—34.00
Seradella	27.00—29.00
Blaulupinen	12.00—13.00
Gelblupinen	16.00—17.00
Klee, rot	135.00—175.00
Klee, weiß	280.00—400.00
Klee, schwedisch	125.00—145.00
Klee, gelb, ohne Schalen	125.00—145.00
Wundklee	260.00—300.00
Timothyklee	40.00—55.00
Raygras (engl.)	45.00—50.00
Senf	30.00—36.00

Gesamttendenz: ruhig.

Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 150 t, Weizen 300 t, Gerste 45 t, Hafer 15 t. Erstklassiger Hafer wurde über Notiz gehandelt.

Vieh und Fleisch. Berlin, 4. März. (Amtl. Bericht.) Auftrieb: Rinder 2862, darunter Ochsen 557, Bullen 752, Kühe und Färsen 1553, dto. zum Schlachthof direkt 119, Auslandsrinder 78, Kälber 1980, dto. zum Schlachthof direkt 2, Schafe 3806, dto. zum Schlachthof direkt 438, Schweine 11 012, dto. zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 1250. Für 1 Ztr. Lebendgewicht in Rm. Rinder. Ochsen: vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwertes jüngere 35—36, sonstige vollfleischige jüngere 32—34, fleischige 28—31, gering genährte 23—27. Bullen: jüngere vollfl. höchst. Schlachtw. 27—29, sonstige vollfl. oder ausgemästete 25—27, fleischige 23—24, gering genährte 18—22. Kühe: jüngere vollfl. höchsten Schlachtw. 24—26, sonstige vollfl. oder ausgemästete 19—23, fleischige 16—18, gering genährte 13 bis 15. Färsen (Kalbinnen): vollfl. ausgemästete höchsten Schlachtw. 30—32, vollfl. 27—29, fleischige 21—25. Fresser: mässig genährtes Jungvieh 17—22. Kälber: beste Mast- und Saugkälber 38—45, mittlere Mast- und Saugkälber 28—38, geringe Kälber 18 bis 26. Schafe: Mastlämmer und jüngere Masthammel 2. Stallmast 39—41, mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte Schafe 1. 36—38, 2. 29—31, fleischiges Schafvieh 30—35, gering genährtes Schafvieh 20—28. Schweine: vollfl. Schweine von ca. 240—300 Pfd. Lebendgewicht 39—40, vollfl. Schweine von ca. 200—240 Pfd. Lebendgew. 38—39, vollfleisch. Schweine von ca. 160—200 Pfd. Lebendgew. 35—37, fleischige Schweine von ca. 120—160 Pfd. Lebendgew. 31—34, Sauen 37. — Marktverlauf: Bei Rindern und Schweinen ruhig, bei Kälbern ruhig, gute Kälber knapp, bei Schafen ziemlich glatt.

Gemüse. Warschau, 4. März. Bericht des Gemüsemarktes ul. Grójecka in Złoty für 100 kg: Wruken 4—5, rote Rüben 4—5, harte Zwiebeln I 35 bis 38, II 24—26, Weisskohl 15—17, Rosenkohl 100 bis 150, Sauerkohl 18—22, Mohrrüben 4.50—6, Petersilie 10—15, Sellerie 12—16, Kartoffeln, Wagentransport 8—9. Preise für 1 kg: Meerrettich 0.80—1.50, Knoblauch 1.30—1.60, Champignons 3.50—4.50, Rhabarber 0.80—1.50, Sauerampfer 3—4, Spinat 4—5; Preise für 100 Bund oder 100 Stück: Weisskohl 25 bis 40, Porree 15—20, Petersilie 35—40, Salat 30—50. Zufuhr: 190 Wagen. Tendenz: schwach.

Hamburger Cifnotierungen für Auslandsgetreide. Amtliche Notierungen des Hamburger Marktes (hfl. je 100 kg). Weizen: Manitoba I schw. 7.15, März 7.20, do. II schw. 6.65, März 6.65, Rosa Fé (80 kg) März 5.44, Barusso (81 kg) März 5.50, Bahia (80 kg) März 5.70. — Gerste: Donau (61—62 kg) 5.55, März 5.50, La Plata (64—65 kg) März 5.65, Russen (62—63 kg) ladend geladen 5.62½. — Roggen: La Plata (74—75 kg) März 5.35, Süd-Russen (73 kg) 5.30. — Mais: La Plata loko schw. 4.15, do. März 4.15, do. April 4.00, do. Mai 3.92½, Donau (Galfox) schw. 4.25, do. März 4.20. — Hafer: Unclipp. Plata (46—47 kg) 4.52½, Clipped Plata (51—52 kg) 4.72½. — Weizenkleie: Pollard schw. 4.25, do. März 4.15, Bran schw. 4.25, do. März 4.15. — Leinsaat: La Plata (96%) März 7.42½, do. April 7.45, Rizinus Mai 13.7.6, Bombay März-April 13.00.

Zucker. Magdeburg, 4. März. Notierungen in Rm. für 50 kg Weisszucker netto, frei Seeschiffseite Hamburg einschliesslich Sack: März 6.05 Brief, 5.80 Geld, April 6.10 bzw. 5.80, Mai 6.15 bzw. 6.00, August 6.55 bzw. 6.45, November 6.70 bzw. 6.55, Dezember 6.80 bzw. 6.65. Tendenz: ruhig.

Danziger Börse

Danzig, 4. März. Scheck London 17.97, Dollarnoten 5.12¼, Auszahlung Berlin 121.80, Złotynoten 57.57½.

Im heutigen Devisenverkehr war das englische Pfund weiter befestigt: Scheck London notierte 17.95—99, ebenso Auszahlung. Reichsmark nannte man 121.20 bis 122.40 im Freiverkehr für Auszahlung Berlin. Der Notenkurs war heute wieder unverändert mit 118 bis 120½ zu hören. Dollarnoten 5.11¾—12¾. Kabel New York 5.13⅜. Der Złoty notierte 57.52—63 für Noten und 57.50—61 für Auszahlung Warschau.

Warschauer Börse

Warschau, 4. März. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.88, Goldrubel 486, Tscherwonez 0.31 Dollar, deutsche Mark 211.85.

Amtlich nicht notierte Devisen: New York (Scheck) 8.915, Belgien 124.20, Belgrad 15.80, Berlin 211.85, Bukarest 5.36, Danzig 173.75, Helsingfors 13.90, Kopenhagen 172.25, Oslo 169.50, Sofia 6.47, Stockholm 172.25, Montreal 7.85.

Effekten

Es notierten: 3proz. Prämien-Bauanleihe (Serie I) 35.75 (35.75), 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe 90.25 (89.75), 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe (Serie) 97 (—), 4proz. Prämien-Dollar-Anleihe (Serie III) 46.85 (46.50), 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 39 (39), 6proz. Dollar-Anleihe 58 (58), 7proz. Stabilisierungs-Anleihe 57.75 (57.75).

Bank Polski 84 (86), Ostrowiec (Serie B) 30.50 (30.50), Starachowice 6 (6). Tendenz: etwas schwächer.

Amtliche Devisenkurse

	4. 3. Geld	4. 3. Brief	3. 3. Geld	3. 3. Brief
Amsterdam	358.60	360.40	359.10	360.90
Berlin *)	211.43	212.90	—	—
Brüssel	—	—	123.89	124.51
London	31.10	31.4	30.96	31.26
New York (Scheck)	—	—	—	—
Paris	35.03	35.21	35.04	35.22
Prag	26.35	26.47	26.35	26.47
Rom	46.17	46.63	46.17	46.63
Danzig	—	—	173.32	174.18
Stockholm	—	—	—	—
Zürich	172.0	172.93	172.37	173.23

Tendenz: London fester. Holland und die Schweiz fallend

Ostdevisen. Berlin, 4. März. Auszahlung Posen 47.15—47.35 (100 Rm. = 211.19—212.09), Auszahlung Warschau 47.15—47.35, Auszahlung Kattowitz 47.15—47.35; grosse polnische Noten 46.95—47.35.

Posener Börse

Posen, 5. März. Es notierten: 5proz. Konvert.-Anleihe 38.25 G (38.25), 8proz. Dollarbriefe d. Posener Landschaft 68.50—68 G, 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 28 G (28), 6proz. Roggenbriefe der Posener Landschaft 12—12.25 +, Bank Polski 84 + (84—85). Tendenz: etwas belebt.

G = Nachfr., B = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Ums.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin, 5. März. Tendenz: ruhig. Obwohl für einen Sonnabend das Geschäft zu Beginn des Verkehrs relativ lebhaft war, kann man die Allgemeintendenz doch nur als ruhig bezeichnen. Kursmässig war es zum Teil eine Kleinigkeit freundlicher, doch gingen die Veränderungen nur selten über 1 Prozent hinaus. Für Reichsbankanteile, Farben, Elektrowerte usw. bestand einiges Deckungsbedürfnis, auch Kaliaktien waren, mit Ausnahme von Burbach, eher gefragt. Auch am Rentenmarkt schien die Belebung anhalten zu wollen, d. h. die kleine Nachfrage, die schon in den letzten Tagen eingesetzt hatte, erhielt sich in Erwartung einer Diskontermässigung. Reichsschuldbuchforderungen lagen dagegen unverändert. Industrieobligationen zeigten sogar immer noch ziemlich schwache Veranlagung. Am Geldmarkt machte die Erleichterung eher Fortschritte. Zuverlässige Sätze waren aber noch nicht zu erfahren. Im Verlaufe blieb der Grundton freundlich, teilweise ergaben sich auch kleine Kursbesserungen.

Amtliche Devisenkurse

	4. 3. Geld	4. 3. Brief	3. 3. Geld	3. 3. Brief
Bukarest	2.520	2.526	2.520	2.526
London	14.71	14.75	14.66	14.70
New York	4.209	4.217	4.209	4.217
Amsterdam	169.63	169.97	169.73	170.07
Brüssel	58.59	58.71	58.59	58.71
Budapest	56.94	57.06	56.94	57.06
Danzig	82.02	82.18	82.02	82.18
Helsingfors	6.523	6.537	6.573	6.587
Italien	21.82	21.86	21.84	21.88
Jugoslawien	7.443	7.457	7.453	7.467
Kaunas (Kowno)	41.98	42.06	41.98	42.06
Kopenhagen	81.02	81.18	80.85	81.01
Lissabon	13.39	13.41	13.37	13.39
Oslo	79.92	80.08	79.52	79.68
Paris	16.56	16.60	16.55	16.59
Prag	12.465	12.485	12.465	12.485
Schweiz	81.32	81.48	81.42	81.58
Sofia	3.057	3.063	3.057	3.063
Spanien	32.57	32.63	32.62	32.68
Stockholm	80.97	81.13	80.90	81.06
Wien	49.95	50.05	49.95	50.05
Tallin	110.19	110.41	110.29	110.51
Riga	80.32	80.48	80.42	[illegible]

Sämtliche Börsen- u. Marktnotierungen ohne Gewähr.

daran denke, daß man mich nach so vielen Jahren aufopfernder Arbeit ganz unschuldig verbannt und so schwer getroffen hat, so bäumt sich alles in mir auf und Tränen kommen mir in die Augen. Herr Minister, so erzieht man die deutschen Lehrer zu opferfreudigen Mitarbeitern am Aufbau des Staates!

Indem ich Sie, Herr Minister, auf diese Tatsachen aufmerksam mache, richte ich an Sie gleichzeitig den dringenden Appell: befreien Sie endlich unsere Lehrer und unser Schulwesen von dem Terror, der Leute, von denen gestern Herr Sen. Dr. Pant und heute ich gesprochen haben. Nähere Angaben bin ich gern bereit zu unterbreiten.

Das ist in allgemeinen Umrissen die Charakteristik der Einstellung der Schulbehörden zu den kulturellen Bedürfnissen der deutschen Bevölkerung. Eine Einstellung, die sich mit keinen staatlichen Rücksichten und selbst durch die Einstellung der Deutschen zu dem gegenwärtigen Regierungssystem rechtfertigen läßt. Wir haben niemals eine grundsätzliche Opposition betrieben. Unsere Einstellung zu der Regierung war immer rein sachlich und trotzdem hat diese Regierung unser Schulwesen, unsere Organisationen und unsere ganze Bildungsarbeit so energisch und rücksichtslos bekämpft. Wenn wir nun heute erklären müssen, daß wir angesichts alles dessen, was ich oben geschildert habe, für das Budget nicht stimmen können, so werden Sie, meine Herren, in ihrem Innern uns recht geben müssen, und zugeben, daß dies nicht unsere Schuld ist.

Der Kampf gegen die Lappobewegung

Ernste Lage in Finnland

Die Lage in Finnland ist äußerst ernst. Präsident Svinhufvud hat persönlich den Oberbefehl der Regierungstruppen gegen die Lappoanhänger übernommen. Kosola erklärte Pressevertretern, er hoffe, 25 000 Mann Lappotruppen aufstellen zu können. Die Lappoleute würden eher sterben, als sich der Regierung Sunila unterwerfen.

Am Mittwoch wurden der Vorsitzende des finnischen Frontkämpferverbandes, Baroma, und der Hauptschriftleiter des Lappoblattes „Ijon Sana", Oberst Somersalo, verhaftet.

Präsident Svinhufvud erließ am Mittwoch abend im Rundfunk eine ultimative Forderung an die Lappoleute, in ihre Behausungen zurückzukehren. Er sicherte den Anhängern der Bewegung, nicht aber den Führern, Straffreiheit zu, falls sie dieser Forderung nachkommen. Im anderen Falle würde er sie als Feinde betrachten und die entsprechenden Schlüsse ziehen. Im ganzen Lande ist strenge Telephon- und Telegraphensperre verhängt, so daß die Lappoleute von der Außenwelt völlig abgeschnitten sind. Die Meldungen über einen Vormarsch der Lappotruppen haben sich nicht bestätigt. Die Regierungskrise, die durch den Rücktritt der Minister der Sammlungspartei drohte, ist überwunden. Die Sammlungspartei hat sich anscheinend auf Druck des Staatspräsidenten bereit erklärt, weiter in der Regierung mitzuarbeiten. Der Generalstabschef Oesch übernimmt den Posten des Vizeinnenministers. Der Abgeordnete der Sammlungspartei, Baavolainen, übernimmt das Sozialministerium. Der bisherige Finanzminister Järvinen, der auch zurückgetreten war, kehrte auf seinen Posten zurück. Man rechnet in Helsingforser Regierungskreisen mit der Liquidierung des Lappounternehmens in den nächsten Tagen.

Helsingfors, 5. März. Aus Finnland liegen über die Aktion der Lappoanhänger völlig klare Meldungen nicht vor. Nach privaten Nachrichten sollen die aufständischen Lappoleute einen Aufruf veröffentlicht haben, worin sie die Fortsetzung ihrer Aktion ankündigen. Zur Zeit sind zwei Ortschaften im südlichen Finnland noch von den Anhängern der Lappobewegung besetzt. Einmal handelt es sich dabei um denjenigen Ort in der Nähe von Helsingfors, in welchem die ersten Unruhen entstanden. Wie ein finnischer Minister gestern mitteilte, bereitet die finnische Regierung gegen diesen Ort eine Einkreisungsaktion vor, an der sich das finnische Militär und das freiwillige Schutzkorps beteiligen. Diese Einkreisung soll nicht übereilt werden, da man unter allen Umständen Blutvergießen vermeiden wolle. Außerdem ist noch ein weiterer Ort nördlich von Helsingfors von den Anhängern der Lappobewegung besetzt, doch soll das dortige freiwillige Schutzkorps versprochen haben, den Anforderungen der Regierung zu gehorchen.

Verhandlungen in Memel

Memel, 5. März. Die Verhandlungen, um die Präsident Simmas nachgesucht hatte, haben gestern nachmittag mit den Führern der Mehrheitsparteien stattgefunden. Es ist anzunehmen, daß dabei die einseitige Orientierung der Bevölkerung von dem Stand der Verhandlungen betreffend die Direktoriumsbildung zur Sprache gekommen ist, da der von den Mehrheitsparteien an Simmas gerichtete Brief in der memelländischen Presse nicht erscheinen durfte.

Wie gemeldet wird, hat es sich bei den Besprechungen in erster Linie um die Verhandlungen mit dem sich zur Zeit in Memel aufhaltenden Finanzsachverständigen des Völkerbundes gehandelt. Die Verhandlungen über die Bildung des Direktoriums sind gestern infolge der Besprechungen mit den Finanzsachverständigen einstweilen aufgehalten worden. Sie werden aber in nächster Zeit weitergeführt werden, und die Aussichten über eine Verständigung in dieser Frage sind nach wie vor gering.

Die Lokomotive eines D-Zuges entgleist

Görlitz, 5. März. Die Lokomotive des D-Zuges 124 ist heute vormittag gegen 9 Uhr zwischen den Stationen Deutsch-Lissa und Neukirch gegen einen Güterzugwagen, bei dem ein Achsenbruch erfolgt war und der sich quergestellt hatte, gefahren und infolgedessen entgleist. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Aus der Republik Polen

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau

Warschau, 5. März. (Eig. Tel.)

Gestern sind in Warschau die Sachverständigen der deutschen Regierung eingetroffen, die an den von dem deutschen Gesandten, Minister von Moltke, geführten Wirtschaftsverhandlungen teilnehmen werden. Die Verhandlungen sollen, wie verlautet, 10 Tage dauern. Falls es bis zum 15. d. Mts. nicht zu einer Einigung gekommen ist, dann soll die deutsche Reichsregierung eine Verordnung erlassen, durch die ab 1. April der Obertarif für den deutsch-polnischen Warenumsatz eingeführt wird.

Weitere Absplitterung in der Bauernpartei

Warschau, 4. März. (Eig. Telegr.)

Gestern hat der Abg. Fidelius von der Bauernpartei seinen Austritt aus dieser Parteigruppe erklärt und vorläufig einen Beitritt zu einer anderen Gruppe nicht bekanntgegeben. Es verlautet, daß er mit den Abgeordneten Kuliszewicz und Michalkiewicz, die ebenfalls ihre Partei verlassen haben, und dem Abg. Dziduch, der aus der Partei ausgeschlossen wurde, eine besondere Gruppe bilden wolle.

Mieterproteste

Die von den Mieterorganisationen angekündigte Delegiertentagung wird am 20. März in Warschau stattfinden. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Angelegenheit der Herabsetzung der Mieten. Ferner soll die Frage der Elektrizitätspreise besprochen werden. Die Organisatoren wollten ursprünglich eine Straßendemonstration der Mieter veranstalten, nahmen jedoch Abstand davon, weil sie befürchteten, daß sich umstürzlerische Elemente dieser Demonstration anschließen könnten, die jede Gelegenheit benutzen, um ihre Parolen ins Volk zu schmuggeln.

Die Deutschen für Aufrechterhaltung der sozialen Fürsorge

Warschau, 5. März. (Eig. Tel.)

In der gestrigen Senatssitzung standen vier Budgets zur Debatte, und zwar das Budget des Justizministeriums, des Ministeriums für Arbeit und öffentliche Fürsorge, das Budget der Staatsunternehmen und das der Monopole. In der Aussprache ergriff bei den Beratungen über das Budget für Arbeit und soziale Fürsorge der deutsche Senator Dr. Pant das Wort und nahm zu den Vorlagen auf dem Gebiete der öffentlichen Fürsorge Stellung. Er unterzog die Maßnahmen der Regierung, besonders soweit die eine Einschränkung des Umfangs der öffentlichen Fürsorge für die Arbeiterbevölkerung mit sich bringen, eine eingehende Kritik und wies darauf hin, daß diese Maßnahmen die Not ins Unerträgliche steigern würden. Im übrigen brachte die Sitzung nichts wesentlich Neues.

Die Neuerungen des Invalidengesetzes

Warschau, 5. März. (Eig. Tel.)

Wie bereits gestern berichtet, wird das neue Invalidengesetz eine Dreiteilung der Ortschaften bringen, wobei die Artschaften der Kl. a die vollen Bezüge, die der Kl. b 12 Prozent weniger und die der Kl. c 32 Prozent weniger erhalten. Außerdem bringt, wie nunmehr bekannt wird, das neue Gesetz insofern eine Erschwerung, als diejenigen Invaliden, die bestimmte Erwerbsmöglichkeiten haben, zum Teil von dem Rentenbezug ausgeschlossen werden sollen. Vor allem wird das bei denjenigen Invaliden der Fall sein, die eine Landwirtschaft besitzen und nur bis zu 45 Prozent arbeitsunfähig sind. Diese Invaliden werden in Zukunft gar keine Rente mehr erhalten. Für das Posener Gebiet ist von Wichtigkeit, daß das neue Gesetz die Möglichkeit einer Wiederherstellung der Renten in solchen Fällen vorsieht, wo durch die Teilungsmächte bereits während der Geldentwertung eine Kapitalisierung der Rente vorgenommen wurde.

Eintägiger Generalstreik für ganz Polen beschlossen

Warschau, 5. März. (Eig. Tel.)

Die Zentralkommission der Berufsverbände hat in einer gestern in Warschau abgehaltenen Sitzung beschlossen, für ganz Polen einen eintägigen Proteststreik auf den 16. März festzusetzen. Der Streik wird als Protest gegen die im Sejm eingebrachten Gesetzesprojekte zur Nollelisierung der Sozialgesetzgebung durchgeführt. Besonders scharf wurde in der gestrigen Versammlung gegen die neuen Projekte bezüglich der Einschränkung der Leistungen der Krankenkassen Stellung genommen und festgestellt, daß die Arbeiter und geistigen Angestellten durch diese Gesetze ihrer wichtigen Errungenschaften auf dem Gebiete der Sozialversicherung beraubt würden. Der Streik wird eintägig sein und nur die Arbeiter und Privatangestellten betreffen. Die Eisenbahn- und Postbeamten sowie die Beamten anderer öffentlichen Stellen werden als an den Krankenkassen nicht interessiert von dem Streik ausgeschlossen.

Deutschlands Antwort auf den Appell Oesterreichs

Bundeskanzler Dr. Buresch hat am 16. Februar, wie erinnerlich, an die Gesandten Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens den Appell gerichtet, Oesterreich bei seinen Bemühungen für Besserung seiner wirtschaftlichen Lage zu unterstützen. Der deutsche Gesandte Dr. Rieth hat daraufhin dem Herrn Bundeskanzler im Auftrage der Reichsregierung folgende Erklärung abgegeben:

Die deutsche Regierung hat von der Erklärung, wonach die österreichische Regierung bereit ist, mit den benachbarten und allen anderen Staaten in Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung einzutreten, und auf das wirtschaftliche und finanzielle Entgegenkommen der anderen Staaten rechnet, um über die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise hinwegzukommen, mit allem Verständnis für die wirtschaftliche Notlage Oesterreichs und mit aller Hilfsbereitschaft Kenntnis genommen. Daß die Hilfsbereitschaft Deutschlands in der Vergangenheit nicht immer im gewünschten Umfange sich hat auswirken können, lag neben anderen Hemmungen vor allem auch in den Auswirkungen des Meistbegünstigungssystems begründet. Wenn die Empfehlungen des Finanzkomitees und des Völkerbundsrates und die Mitwirkung der anderen Staaten die Möglichkeit eröffnet, Oesterreich Zugeständnisse für seine Ausfuhr, unabhängig von den Folgen der Meistbegünstigung, zu machen, so ist Deutschland dazu bereit.

Die deutsche Regierung ist zur Aufnahme alsbaldiger Verhandlungen über die Art und den Umfang solcher Zugeständnisse bereit.

Wien, 5. März. In einer Besprechung der Mitteilungen Tardieus und der Erklärung des deutschen Gesandten Dr. Rieth schreibt die „Reichspost", es sei falsch und irreführend, wenn man in der Antwort Deutschlands einen Gegenzug gegen Tardieu sehe. Oesterreichs Bundeskanzler habe einen Appell an alle gerichtet und mit allen Staaten sich zu Verhandlungen über die Erweiterung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit bereit erklärt. Oesterreich sei auch nicht in der Lage, etwas anderes vorzuschlagen; Oesterreich könne weder Deutschland, das als größter Importeur und Exporteur gegenüber Oesterreich auftrete, noch die Nachfolgestaaten der Donaumonarchie, mit denen ein umfangreicher Warenverkehr bestehe, in einer künftigen besseren Ordnung der Wirtschaftsbeziehungen missen. Es sei zu hoffen, daß nach Stellungnahme Italiens und Englands eine Neutralisierung des Problems eintritt und die Auseinandersetzungen in das richtige Geleise kommen.

*

Zum Generalsekretär des Weltbundes für Internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen ist M. Henriod, der Sekretär des Studentenweltbundes, gewählt worden. Das Generalsekretariat soll nach Genf verlegt werden.

Charles Lindbergh bietet 50000 Dollar an

Aber von dem Kind fehlt noch jede Spur

Trenton (New Jersey), 2. März. Der Gouverneur des Staates New Jersey hat eine für die Wiederbringung des kleinen Lindbergh und für die Ergreifung der Räuber ausgesetzte Belohnung von 10 000 Dollar wieder zurückgezogen, um dem Ehepaar Lindbergh bei seinen Bemühungen, das Kind wiederzuerlangen, keine Schwierigkeiten zu bereiten. Der Ozeanflieger wird nun zunächst einmal 50 000 Dollar für die Herbeischaffung des Kindes aussetzen, damit ihm auf keinen Fall ein Leid angetan wird.

Der kleine Knabe litt übrigens schon mehrere Tage an einer starken Erkältung. Daher ist die Sorge der Eltern um seine Gesundheit noch größer. Am Ort des Raubes sind inzwischen Fußspuren von einem Mann und einer Frau entdeckt worden, die von der weichen Erde unterhalb des Kinderzimmers etwa 1½ Kilometer weit bis zur Landstraße führen. Offenbar hatte dort dann ein Auto der Bande gewartet. Alle Wege zur kanadischen Grenze sind polizeilich gesperrt worden, da man annimmt, daß die Kindesentführer dort hinüberwechseln wollen, um dann ihre Erpressungsversuche durchzuführen. Auch Präsident Hoover hat sich dieses Banditenstücks angenommen und mit dem Generalstaatsanwalt eine ausführliche Besprechung gehabt über alle Maßnahmen, die zur Auffindung des Kindes und zu einem einheitlichen Vorgehen gegen die Racketeer-Banden notwendig sind.

In Niles (Staat Ohio) hat sich heute ein zweiter Entführungsskandal ereignet. Auf dem Wege zur Schule wurde der kleine James Dejute, der Sohn eines reichen Kaufmanns, von Autobanditen entführt.

Trenton (New Jersey), 4. März. Lindbergh erhielt gestern einen zweiten Brief, worin 50 000 Dollar Lösegeld für seinen Sohn verlangt werden. Der Brief ist in New York aufgegeben worden und trug keine Unterschrift.

Verhaftung im Falle Lindbergh

New York, 5. März. Die Polizeibehörden messen der in der Freitagnacht in Hartford (Connecticut) erfolgten Verhaftung eines Bekannten der Pflegerin des Sohnes Lingberghs die größte Bedeutung zu. Man erwartet stündlich weitere Entwickelungen der Angelegenheit. Lindbergh ist bereit, jederzeit nach Hartford abzufliegen.

Hopewell (New Jersey), 4. März. Ein gewisser Patsy Orlando aus Hopewell ist gestern in Brooklyn verhaftet worden. Er hatte Hopewell am Abend der Entführung des Kindes Lindberghs verlassen und hielt sich unter falschem Namen in Brooklyn auf.

Das „Posener Tageblatt" vor Gericht

Ein Freispruch

Wegen eines der „Deutschen Rundschau" in Bromberg entnommenen Artikels unter der Ueberschrift „Judenverfolgung in Bromberg" (Nr. 197 v. 28. Aug. 1930) hatte das Burggericht den verantwortlichen Redakteur des „Pos. Tagebl." Alexander Jursch wegen Verbreitung unwahrer Nachrichten zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Am gestrigen Freitag fand nun vor dem Landgericht unter Vorsitz des Landrichters Rochozinski die zweitinstanzliche Verhandlung gegen den Angeklagten statt. Die Anklage führte Staatsanwalt Elznerowicz, die Verteidigung lag in Händen des Rechtsanwalts Grzegorzewski.

Nach teilweiser Verlesung der Zeugenaussagen, die in erster Instanz als Grundlage für den freilich mißlungenen Wahrheitsbeweis gedient hatten, wurde dem Staatsanwalt das Wort zu seiner Anklagerede erteilt. Dieser führte u. a. aus, daß im vorliegenden Falle eine strenge Bestrafung durchaus am Platze wäre, da aus einem Vergleich des Artikels mit den Zeugenaussagen klar hervorgehe, daß eine Verächtlichmachung der Behörden, in diesem Falle die Polizei, vorgelegen habe. Es sei die Absicht des Verfassers gewesen, aller Welt zu zeigen, daß die Juden verfolgt würden. Die Tendenz der Verächtlichmachung sei beim „Posener Tageblatt" in Anbetracht seiner häufigen Prozesse bekannt. Wenn sich die Polizei tatsächlich unkorrekt benommen habe, dann hätte ja der Weg einer Beschwerde offengestanden. Er beantrage Aufrechterhaltung des Urteils in erster Instanz.

Rechtsanwalt Grzegorzewski wies nochmals, wie schon so oft, darauf hin, daß dem Angeklagten das Bewußtsein der Verbreitung unwahrer Nachrichten nachgewiesen werden müsse. Es sei auch nicht richtig, daraus, daß das „Pos. Tagebl." des öfteren vor den Richter zitiert werde, Schlüsse auf seine angeblichen Tendenzen der Verächtlichmachung zu ziehen. Uebrigens läge gegen den Angeklagten noch kein einziges rechtskräftiges Urteil mit einer Freiheitsstrafe vor. Erst kürzlich habe das Oberste Gericht ein Urteil auf drei Monate Gefängnis aufgehoben. Es gehöre auch nicht zu den Pflichten des Angeklagten, sich vor der Aufnahme eines Artikels, den ein in einer anderen Stadt erscheinendes Blatt veröffentlichte, ohne beschlagnahmt zu werden, Erkundigungen über die Wahrheit der dort gemachten Mitteilungen einzuholen. Bei einer Durchsicht des Urteils erster Instanz müsse es auffallen, daß in ihm durchaus nicht ganz entschiedene Redewendungen über eine unumstößlich erwiesene Schuld des Angeklagten enthalten sind. Es sei durchaus angängig und üblich, daß die Presse auf Dinge hinwiese, die nicht in der Ordnung wären. Der Angeklagte müsse freigesprochen werden.

Das Gericht hob das Urteil der ersten Instanz auf und sprach den Angeklagten frei.

Kriegshetzerei

Der „Nowy Kurjer", auch ein Organ, das der „moralischen Abrüstung" leidenschaftlich ergeben ist, veröffentlicht groß aufgemacht einen Artikel mit der Schlagzeile „Deutschland fertig zum Krieg!" Der naive Leser, dem sich diese Zeile einhämmert, glaubt natürlich, daß Deutschland schon morgen in den Krieg marschieren würde. Wenn man aber näher hinsieht, so sieht man einen tendenziös zurechtgemachten Bericht, der aus französischer Quelle stammt und der den Besuch Kaiser Wilhelms II. in Tanger im Jahre 1904 beschreibt. In dem Bericht selber ist auch davon nicht die Rede, daß Deutschland „fertig zum Krieg" sei, sondern dort wird die französische Angst geschildert, die in dem Tangerbesuch eine Kriegsdrohung sah.

Inzwischen sind 28 Jahre ins Land gegangen, und auch der „Nowy Kurjer" sollte schließlich andere Sorgen haben, als sich an den vergangenen Tagen zu berauschen, nur mit dem Zweck, die Oeffentlichkeit in eine Panikstimmung zu treiben, die ganz und gar sinnlos und dumm ist. Auch diesem Blatt, das sich kümmerlich von Sensationen und Falschmeldungen nährt, sollte man die Gebrauchsanweisung für die „moralische Abrüstung" geben, die der polnische Außenminister Zaleski in Genf so leidenschaftlich gefordert hat. Wir haben nicht die Absicht, uns mit diesen Zeitungen in lange polemische Streitereien einzulassen, aber es ist unsere Pflicht, die Oeffentlichkeit darauf hinzuweisen, wie die Bevölkerung in Erregung versetzt — wie sie von aller produktiven Arbeit abgelenkt wird, nur um dem Gespenst der Kriegsangst nachzurennen. Das geschieht systematisch. Die ernsten Krisenzeiten sollten doch langsam auch dem Verbohrtesten beigebracht haben, daß durch solche Methoden ein friedlicher Aufbau Europas nicht möglich ist, und daß wir unter solcher Treibhaushitze an Leib und Seele verdorben und zugrunde gehen.

Arbeitslosenfürsorge in Amerika

New York, 4. März. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Verteilung von Weizen an die notleidenden Arbeitslosen gestern vom Abgeordneten Haus genehmigt worden. Der Weizen wird aus Beständen des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums entnommen. Die Verteilung an die Arbeitslosen erfolgt durch das amerikanische Rote Kreuz. Da der amerikanische Senat dem Gesetz bereits zugestimmt hat, muß dieses nur noch vom Präsidenten Hoover unterzeichnet werden, damit es in Kraft tritt. Das Gesetz sieht auch die Versorgung der von der Dürre betroffenen Gebiete Amerikas mit lebendem Vieh vor.

Die heutige Ausgabe hat 12 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile Aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaensch. Für den übrigen redaktionellen Teil: Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt". Sämtlich in Posen. Zwierzyniecka 6.
Druck: Concordia Sp. Akc.

Am 5. d. Mts. entschlief nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein lieber Sohn, unser guter Bruder, der

Kaufmann

Ewald Stieler

im 38. Lebensjahre.

In tiefem Schmerz
Emilie Stieler u. Kinder

Przyborowo, den 5. März 1932.
poczta Szamotuły

Die Beerdigung findet am Montag nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Statt Karten.

Ihre Vermählung geben bekannt

Willi Gembus
Else Preuss
geb. Forkert.

Poznań, im März 1932.

Klara Niemeyer
Erich Mutschler
VERLOBTE

Olszak b. Pobiedziska — Oranienburg b. Berlin
im März 1932.